



Brasilicum

Bundesweiter Zusammenschluss der BrasilienSolidarität

Aktuelle Nachrichten aus Brasilien
Eine Initiative des "Runder Tisch Brasilien"
Herausgegeben von Kooperation Brasilien e.V.

*Destruição minha
Comunidade*

*por contra
da Copa*



Metalô Mangueira

IRON
MADEN

Haben Sie diese Ausgabe des Brasilicum als pdf-Version erhalten, ohne bei KoBra abonniert zu haben? Dann bestellen Sie es doch bitte bei uns. Ihr Abo hilft uns, diese wichtige Arbeit auch in Zukunft fortzusetzen.

COPA PARA TOD@S!
Die Männer-Fußball-WM 2014:
ein brasilianisches „Sommer“-märchen?

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	3
BROT ODER SPIELE: PROFITEURE DER MEGAEVENTS	4
Ungefragt überplant	4
Die Männer-Fußball-WM in Südafrika – Wer hat profitiert?	9
Die Männer-Fußball-WM. Eine neoliberale Sportveranstaltung?	10
Anweisungen der Fifa	18
STADTBEVÖLKERUNG IM ABSEITS: DAS RECHT AUF STADT	19
›Recht auf Stadt‹ - mehr als nur ein guter Slogan	19
Das umkämpfte Recht auf Stadt in Brasilien	22
Für die Stadt des Möglichen	25
Großereignisse und das Recht auf Wohnen in Würde	28
Der Zugang zu Daten begünstigt das Recht auf Stadt	32
Die Straßenhändler_innen in den Sonderzonen der Fifa	34
PLATZVERWEIS FÜR KRIMINALITÄT UND GEWALT: ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND MILITARISIERUNG	37
Die Stadt im Ausnahmezustand	37
Öffentliche Sicherheit	42
QUEERPÄSSE: DIE RECHTE DER LGBT	44
Von Politik und Kultur: Die Stunde der LGBTs in Brasilien?	44
„Meister sein ist nur ein Detail“	48

IMPRESSUM

Herausgeberin: Kooperation Brasilien e.V., Freiburg i.Br., V.i.S.d.P.: Yôko Woldering

Redaktion: Yôko Woldering, David Wunderlich

Übersetzungen: Philipp Andrae, Diego Curvo, Almute Heider, Jürgen Stahn, Yôko Woldering, David Wunderlich, Andrea Zellhuber **Layout:** Fabiana Cenzi, David Wunderlich

Erscheinungsweise: jährlich 10 Ausgaben, davon 2 Doppelnummern. **Auflage:** 300 Exemplare **Jahresabo:** 16 Euro für Mailbezug, 20 Euro für Bezug per Post

Bezug: KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg

T 0761-600 69-26, F -28, info@kooperation-brasilien.org, www.kooperation-brasilien.org

Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der Autor_innen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch. Das Titelfoto von Dario de Dominicis und wurde freundlicherweise von der Agência Olhares zur Verfügung gestellt. Der/die GraffitiKünstler_in ist unbekannt. Text: „Destruirão a minha comunidade por conta da Copa“ (Wegen der WM werden sie mein Viertel zerstören).



**Die Männer-Fußball-WM 2014:
ein brasilianisches „Sommer“-Märchen?**

Brasilien wird in der Öffentlichkeit immer häufiger in Zusammenhang mit den zwei Sportlichen Großereignissen der kommenden Jahre gebracht werden: Der Männer-Fußball-WM 2014 und Olympia 2016. Die Olympischen Spiele in London waren für die brasilianischen Sportler_innen mehr oder weniger erfolgreich, der Bürgermeister von Rio de Janeiro erhielt jedoch Gold. Am 13. August 2012 fanden sich Aktivist_innen der Bürgerinitiative „Comitê Popular da Copa e Olimpíadas“ in Rio de Janeiro am Flughafen Galeão ein, um Eduardo Paes zu empfangen. Die Aktivist_innen verliehen Paes eine Goldmedaille für die Verletzung der Menschenrechte und im Besonderen für die Verletzung des Rechtes auf Wohnen in Würde.

Megaevents wie die Fußball-Männer-WM 2014 schaffen Idealbedingungen für die Privatisierung öffentlichen Raumes und die Flexibilisierung der Gesetzgebung. Die FIFA stellt sich mit ihren Sonderregelungen über die nationale Gesetzgebung und agiert als Non-Profit-Organisation wie ein großes Privatunternehmen. Obwohl Brasilien als erstes Land 2001 ein nationales Gesetz für ein Recht auf Stadt, den „Estatuto da Cidade“, verabschiedete und eine weitreichende rechtliche Grundlage für eine partizipative Stadtpolitik gegeben ist, sieht die Realität leider ganz anders aus.

In Brasilien formieren sich Widerstand gegen diese Art der Stadtentwicklung und Netzwerke für Großereignisse, bei denen alle profitieren. Bürgerinitiativen wie „Comitê Popular da Copa“ oder „Cidade para todas“ setzen sich ein für die Teilhabe an den Möglichkeiten, die ein solches Megaevent wie die WM darstellen kann und entwickeln Alternativen zu den geplanten Stadtumstrukturierungen. Die Bewohner_innen der Vila Autódromo beispielsweise legten der Stadt Rio de Janeiro einen detaillierten Urbanisierungsplan vor. Die Vila Autódromo ist seit 40 Jahren Symbol des Widerstandes für die benachteiligten Viertel in Rio de Janeiro. Schon in den 90er Jahren sollte sie einem Olympiapark weichen, was die Bevölkerung erfolgreich verhinderte.

Wir laden im Rahmen der Auseinandersetzung mit diesen und weiteren Themen die Leser_innen des Brasilicums ein, an der Tagung des Runden Tisches Brasilien vom 30. November - 02. Dezember 2012 in Naunhof bei Leipzig teilzunehmen (Tagungsprogramm im Anhang). Die vorgestellten Texte bilden die Grundlage für einen ersten Einblick in die Themen und dienen als Vorbereitungs material für die Teilnehmer_innen. Weitere Beiträge bzw. die brasilianischen Originalversionen der Artikel finden sich auf der KoBra-Website unter: KoBra-Veranstaltungen, RTB 2012.

Wir wünschen eine angenehme Lektüre!



Ungefragt überplant - In Brasilien führen die Vorbereitungen zur Männer-Fußball-WM zu Vertreibungen

UTA GRUNERT. KO-KOORDINATORIN VOM NETZWERK KOBRA. AUS: IZ3W 332, SEPT/OKT 2012.

Es fing alles so unbeschwert an: Im »Land des Fußballs« war der Jubel groß, als der Weltfußballverband FIFA Brasilien zusagte, 2014 Ausrichter der Männer-Fußball-Weltmeisterschaft zu werden. 2016 folgt die Olympiade, die nach Rio de Janeiro vergeben wurde. Im nationalen Freudentaumel ahnte die brasilianische Bevölkerung noch nicht, welche finanziellen Herausforderungen, gesetzlichen Anpassungen und städtebaulichen Veränderungen die Vorbereitungen dem Land bescheren würden – und dass sie zum weiteren Auseinanderdriften der sozial sehr ungleichen Gesellschaft führen würden.

Zwar sind die Brasilianer_innen vom Fußball begeistert, aber spätestens seit der WM in Südafrika ist klar, dass eine Weltmeisterschaft weniger als Spiel denn als Geschäft abgewickelt wird. Dabei sind nur wenige am Profit beteiligt und viele vom Nutzen gänzlich ausgeschlossen. In Südafrika hat vor allem die FIFA Gewinne in Höhe von 2,4 Milliarden Euro gemacht, das Gastgeberland blieb am Ende auf einem Schuldenberg von 2,2 Milliarden Euro sitzen.

Ein solches Szenario möchten die potenziell Betroffenen in Brasilien gerne verhindern. Protest und Engagement der lokalen Bürgerbewegung finden bei NGOs und sozialen Bewegungen Unterstützung. Manche setzen sich bereits seit Jahren für das Recht auf Stadt und eine soziale, partizipative Wohnungspli-

tik ein. Landesweit agiert beispielsweise die NGO FASE¹, die über Advocacy- und Lobbyarbeit für öffentliche Maßnahmen Benachteiligten einen Zugang zu Wohnraum und städtischen Dienstleistungen sichert. FASE ist sowohl in Rio de Janeiro als auch in Recife federführend bei der Vernetzung mit anderen Organisationen im Hinblick auf WM und Olympia.

Das Dossier der Comitês Populares »Sportliche Großereignisse und Menschenrechtsverletzungen«² hat im Dezember letzten Jahres in Brasilien und international für große Aufmerksamkeit gesorgt. Es bietet einen detaillierten Überblick über die Vorbereitungen und die häufig unerwähnten Nebeneffekte: Kampf um Wohnraum und gegen Gentrifizierung, Einsatz für gerechte Arbeitsbedingungen im Baugewerbe und im informellen Handel, Einhaltung von Umweltschutzauflagen, Erhalt der Bürgerrechte in Zeiten der Militarisierung öffentlicher Sicherheit und Teilhabe der Bevölkerung an den Spielen in ihrem Land.

Weißer Elefanten

Vor einem guten Jahr haben die Baumaßnahmen begonnen. Die acht Städte Brasilia, Cuiabá, Grande Recife, Manaus, Natal, Porto Alegre, São Paulo und Salvador stemmen landesweit den Neubau von Stadien der »ökologischen Luxus-kategorie« nach Anforderungen der FIFA. An vier weiteren Austragungsorten – Belo Horizonte, Curitiba, Fortaleza und Rio de Janeiro – werden bestehende Stadien umfassend modernisiert. In allen zwölf Städten wird in den Ausbau der Infrastruktur investiert. Brasilien will sich als aufsteigende Großmacht vor aller Welt ein Denkmal setzen.

Seit Südafrika hat sich der Begriff der Weißen Elefanten etabliert, da die Unterhaltung etlicher Stadien nach der WM 2010 die Kommunen teuer zu stehen kommen. In Brasilien wurden die Stadien teilweise inmitten der Großstädte platziert, planerisch umsäumt von Parkplätzen, Hotels, Grünanlagen, Einkaufsgelegenheiten, neuen Transportsystemen und der Anbindung an Flughäfen und Bahnhöfe.

Teilweise seit Jahrzehnten leben ärmere Bevölkerungsgruppen in Ansiedlungen auf öffentlichem Gelände, von der Stadtverwaltung geduldet. Von den Bauvorhaben wurden sie ungefragt überplant. Auf 150.000 bis 170.000 Familien wird die Gruppe derer geschätzt, die wegen der Fußball-WM von Räumung, dem Verlust ihrer Häuser und ihres sozialen Umfelds bedroht sind. Das sind rund acht Mal mehr Vertreibungen als in Südafrika. Bis Ende 2011 kam es bereits in 21 Ortsteilen und Favelas an sieben der Austragungsstätten zu Zwangsräumungen.

Für die Umbauten und die zugehörige Infrastruktur sind nach bisherigen Schätzungen 11,5 Milliarden Euro eingeplant. Öffentliche Gelder werden für den Immobilien-, Verkehrs- und Tourismussektor abgezweigt, von dem hauptsächlich Besserverdienende und die Gäste profitieren werden (zur WM werden 600.000 ausländische und drei Millionen inländische TouristInnen erwartet). Um die riesigen Summen zu stemmen, werden von Projekten des sozialen Wohnungsbaus, der Erneuerung oder Renovierung von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen Gelder abgezogen. Es bleibt auf lange Sicht ein Loch in der Kasse zurück.

Trotz des 2009 unter Präsident Lula eingeführten Sozialwohnraumprogramms *Minha Casa, minha Vida* (Mein Haus, mein Leben) leben nach Angaben des UN Habitat-Berichts von 2010 immer noch über 45 Millionen Menschen in Favelas und prekären Wohnverhältnissen. In Rio werden besetzte Häuser geräumt und der öffentliche Raum durch die Vertreibung von Obdachlosen, BettlerInnen und anderen »hygienisiert«. Das äußere Bild der Stadt wird mit Druck auf die Schnelle aufpoliert. An eine vernünftige Sozialpolitik, die die Wurzeln von Armut und Wohnungsnot angeht, denkt in dieser Phase niemand.

Politik des Fakten-Schaffens

Was die gesetzlichen Grundlagen angeht, ist Brasilien in vielerlei Hinsicht gut aufgestellt. Das Recht auf Wohnen ist verfassungsrechtlich ebenso festgeschrieben wie das Recht auf Privateigentum. Der Artikel 11 formuliert im UN-Sozialpakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) das Recht auf Wohnen in Würde.³ 1992 hat Brasilien das Gesetz ratifiziert. Es umfasst die Sicherheit des Besitzes und im Falle von fehlender Beurkundung des Grundeigentums immerhin den Zugang zu Gerichten im juristischen Streitfall. Ebenso beinhaltet es den Zugang zu sauberem Trinkwasser, Energieversorgung, medizinischer Versorgung und sanitären Anlagen. Es verlangt, dass die Unterkunft bezahlbar und bewohnbar ist (Schutz vor Kälte, Hitze, Feuchtigkeit, Wind und Regen). Garantiert werden soll zudem, dass Bildungseinrichtungen und Arbeitsmöglichkeiten erreichbar sind.



Ab einer Größe von 20.000 EinwohnerInnen ist eine Gemeinde laut Verfassung verpflichtet, einen strategischen Stadtentwicklungsplan aufzustellen, der für einen Zeitraum von zehn Jahren gilt. Seit 1988 ist sogar die Partizipation der Bevölkerung bei Stadtplanungsprozessen durch eine verfassungsrechtliche Norm vorgesehen. Die Zivilgesellschaft hat formelle Mitspracherechte auf Ebene der Unterbezirke. Soweit die Theorie, die Praxis sieht leider häufig anders aus, gerade auch im Konflikt um Siedlungen und Favelas sowie den Flächen für Stadionbauten und Infrastruktur. Öffentliche Anhörungen nach der Präsentation von Stadtentwicklungsplänen finden derzeit nicht statt.

Grundsätzlich wird zeitlicher Verzug gegenüber den Bauplänen als Vorwand genommen, um in großem Umfang Zwangsräumungen durchzuführen. Der Druck von Seiten der FIFA wird als Rechtfertigung für mangelnde Informationen und eine Politik des Fakten-Schaffens verwendet, argumentiert die Bürgerinitiative *Copa para quem?* in Itaquera/ São Paulo. Tausende werden aus ihrem Wohnumfeld vertrieben, der bezahlbare Zugang zu Wohnraum in der Region nimmt ab. Polizeiliches Vorgehen gegen Obdachlose und eine grundsätzliche Diskriminierung marginalisierter Bevölkerungsschichten mit Umsiedlungen, Räumungen und Vertreibungen sind die direkte Folge.

Die indirekten Folgen sind der sprunghafte Anstieg von Grundstücks- und Wohnraumpreisen in der Region der Austragungsstätten. Auch das führt zur sukzessiven Vertreibung von ärmeren Bevölkerungsschichten. Dank der

Megaevents steigen die Immobilienpreise mancherorts auf das Doppelte. Ein Immobilienboom wird losgetreten, spekuliert wird allenthalben. Auch in Itaquera/São Paulo wurden freistehende Gebäude bereits aufgekauft und gewinnbringend vermarktet. An bislang uninteressanten Orten der Stadt werden nun die gleichen Preise erzielt wie in bessergestellten Vierteln. In den vergangenen Monaten sind die Mieten von 600 auf 800 Reais angestiegen, erwartet wird ein weiterer Anstieg bis zu 60 Prozent. Das lokale Bündnis *Copa para quem?* kritisiert, dass die Wertsteigerung eines Quartiers mit öffentlichen Geldern finanziert wird. Gleichzeitig dürfen Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen dort aber nicht mehr wohnen und nicht von den Verbesserungen profitieren.

Sachzwang Zeitdruck

Bei der UN-Sonderbehörde für das Recht auf Wohnen in Würde in Genf sind aus mehreren brasilianischen Städten Anzeigen wegen der Benachteiligung durch die Vorbereitungen eingegangen. Die UN-Sonderberichterstatte für das Recht auf Wohnen in Würde, Raquel Rolnik, die von 2003 bis 2006 im brasilianischen Bundesstädtebauministerium tätig war, stellte in einem Interview⁴ fest, dass seit der Übergabe des Ministeriums an die *Partido Progressista* keine Debatte über Stadtplanung auf Bundesebene mehr stattgefunden habe. Unter dem Zeitdruck sei nur noch akutes Handeln durch die Kommunen möglich. Engagement für urbane Reformen, Mitbestimmung und Kontrolle von unten sowie die Regulierung von Besitztiteln seien längst auf der Strecke geblieben.



Rolnik beklagt, dass die WM-Austragungsstädte zur Spielwiese für das Großkapital würden, wohingegen die traditionelle Bewegung für sozialen Wohnraum um Gelder für sozialen Wohnungsbau kämpfen müsse.

Die Männer-Fußball-Weltmeisterschaft 2014 und die Olympiade 2016 drohen Brasilien sozial noch stärker zu spalten. Präsidentin Rousseff verliert gerade wichtige soziale Aufgaben aus dem Blick.

- 1 Kirsten Bredenbeck: Dossier zu Sportlichen Großereignissen in Brasilien, Juli 2011. Kostenfreier Download unter: http://kooperation-brasilien.org/index.php?option=com_content&task=view&id=757&Itemid=170
- 2 Megaevents e Violação de Direitos Humanos no Brasil: <http://raquelrolnik.files.wordpress.com/2011/12/dossievioleacoesocopa.pdf>
- 3 www.amnesty.de/mit-menschenrechten-gegen-armut/wohnen-wuerde/das-recht-auf-wohnen-stoppt-rechtswidrige-zwangsräumung
- 4 die tageszeitung, 27.12.2011.

„Stadt im Ausnahmezustand“ - Interview zu den Auswirkungen der WM 2014 in Brasilien

KoBra: *Welche Umstrukturierungen passieren momentan in brasilianischen Städten?*

Rosilene Wansetto: Abgesehen vom Neu- und Umbau der Stadien, handelt es sich vor allem um Infrastruktur- und Mobilitätsbauten, die weitreichende Folgen für das Modell "Stadt" haben. Die meisten dieser Baumaßnahmen kommen nicht dem Wohlergehen der Bevölkerung zu gute, sondern vor allem dem Tourismus und Einzelhandel. Ein Beispiel ist das Projekt *VLT-Veículo Leve sob Trilhos*, eine Straßenbahn, die in Brasília gebaut wird, um Flughafen und Stadion zu verbinden. Sie wird nur den Fußballfans während der WM dienen, da die

Mehrheit der Bevölkerung in den Satellitstädten wohnt – weit weg von der Trasse dieser Bahn.

Für die meist privaten Bauten kommen etwa 98 Prozent der Gelder von der Nationalbank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung *BNDES* und der *Caixa Econômica Federal* aus öffentlichen Töpfen. Um die Banken zu kapitalisieren, muss der Staat Wertpapiere aus der öffentlichen Verschuldung übertragen und sich indirekt verschulden. Alles nur, um private Bauten zu finanzieren! Es gibt keine Garantie dafür, dass die Darlehen tatsächlich zurückgezahlt werden und wieder in öffentliche Töpfe fließen.

Eure Organisation spricht von der „Stadt im Ausnahmezustand“.

Dazu trägt vor allem das Rahmengesetz zur WM bei, das vor wenigen Monaten von der Regierung verabschiedet wurde. Leider hat sich die Diskussion um das Gesetz auf die Frage des Verkaufs von ermäßigten Eintrittskarten und alkoholischen Getränken in den Stadien beschränkt. Dabei gibt es schlimmere Auswirkungen. Zum Beispiel das Sicherheitssystem während der Spiele, das von der FIFA angestellten Privatfirmen umgesetzt wird. Durch das Rahmengesetz können Bewohner_innen auf der Straße einfach zwangsweise festgenommen oder willkürlich aus Herbergen oder ihrer Herkunftsstadt vertrieben werden. Das schließt auch Minderjährige ein – was das Kinder- und Jugendschutzgesetz direkt verletzt. Die Restriktionen für die Straßenhändler_innen im Umkreis von zwei Kilometern von touristischen Zentren und Fanmeilen, Stadien und Hotels ist ein anderer Aspekt der Verletzung der Rechte,



genauso wie das Verbot für Händler_innen, Produkte zu verkaufen, die sich auf die WM oder die Nationalmannschaft beziehen. Das heißt, der brasilianische Staat modifiziert seine Gesetzgebung im Sinne eines Privatunternehmens namens FIFA.

Es gibt weitere Übergangsregelungen und Verordnungen verschiedener Art, die zu einer "Stadt im Ausnahmezustand" führen. Dahinter verbergen sich Befreiungen von Zoll und Steuern für die Betreiberorganisationen, Vorrechte für die Ausstellung von Visa, Überlassung

Räumungen erschweren. In einigen Gemeinden werden Räumungen unvermeidbar sein, aber wir fordern, dass die Bürgermeister_innen und die Landesregierungen andere Immobilien als Entschädigung zur Verfügung stellen – das nennen wir "Schlüssel gegen Schlüssel": Ein Grundstück darf nur geräumt werden, wenn die Familie den Schlüssel zu einer neuen Unterkunft in den Händen hält. Außerdem sollen alle Investitionen der Regierung für die Öffentlichkeit transparent sein. Das gleiche gilt für die Justizverfahren

bezüglich der Klagen, die von der Sonderberichterstattung der UNO für Recht auf angemessenes Wohnen, von den öffentlichen Verteidiger_innen und von der Bundesstaatsanwaltschaft eingereicht wurden. Wir wollen das Recht auf Stadt zum Wohle aller. Wir wollen nicht riskieren, mit dem gleichen Vermächtnis zurückzubleiben wie Südafrika nach der WM.



Foto: John Patzer

von öffentlicher Grundbesitzerberbschaft, Schutz von Marken und Symbolen in Verbindung mit den Spielen und vieles mehr. Wir befürchten, dass diese Gesetze nach den Spielen weiter bestehen bleiben.

Welche Forderungen stellt das Netzwerk Comitês Populares da Copa?

Wir fordern, dass die Verhandlungen über Enteignungen kollektiv und nicht individuell geführt werden, wie es momentan in den zwölf Austragungsorten der Fall ist. Das könnte willkürliche oder unnötige

Das Interview führte Gislene Lima, Übersetzung von Yôko Woldering.



Die Männer-Fußball-WM in Südafrika - Wer hat profitiert?

JULIA MEISE. KOORDINATION SÜDLICHES AFRIKA (KOSA). AUS: WWW.KOSA.ORG/WM_2010_RSA/RUECKBLICKWM.HTML

Rückblickend auf die erste Männer-Fußball-Weltmeisterschaft auf afrikanischem Boden werden Fragen und Zweifel laut, ob dieses Megaevent seinen hohen Erwartungen gerecht werden konnte. Die Tatsache, dass Südafrika als Schwellenland ein unüblicher Gastgeber war, änderte nichts an den strengen Vorgaben der FIFA und so musste mit aller Kraft dafür gekämpft werden, die gestellten Bedingungen zu erfüllen – ohne Rücksicht auf Verluste.

Südafrika schaffte es, Straßen und Stadien entgegen aller Bedenken zum WM-Beginn fertig und ausreichend Sicherheitspersonal während der Spiele zur Verfügung zu stellen. Man behielt die Kontrolle und vermied Zwischenfälle. Ob man die WM in Südafrika jedoch als Erfolg bewerten kann, kommt ganz auf den Blickwinkel an. Die FIFA ist unterm Strich als klarer Sieger aus diesem Wettbewerb hervorgegangen. Mit einer Gewinnsteigerung von rund 50% im Vergleich zur WM 2006 in Deutschland verzeichnete sie die finanziell erfolgreichste Fußballweltmeisterschaft jeher. Ob die FIFA ihrer Position als gemeinnütziger Verein entspricht und ihren Profit sinnvoll teilt, sei einmal dahingestellt. Südafrika konnte definitiv keinen monetären Nutzen erzielen und muss sogar einen hohen finanziellen Verlust hinnehmen. Bleibt das Austragungsland bei diesem sportlichen Spektakel nun nur Sieger der Herzen? Zumindest der

immaterielle Nutzen, den Südafrika aus der WM ziehen konnte, bietet Grund zur Freude.

Den häufig üblichen Assoziationen wie Armut, Kriminalität und HIV/AIDS stehen Dank der positiv verlaufenen WM Aspekte wie Lebensfreude, Begeisterung und Zusammenhalt gegenüber. Die Spiele wurden selbst nach dem Ausscheiden Südafrikas sowie schließlich auch Ghanas bis zum Finale ausgelassen gefeiert. Seine Sorgen schienen (Süd-)Afrika in dieser Zeit zu vergessen.

Doch die Schattenseiten dieses Großereignisses sind überdeutlich. In der Vorbereitungsphase wurden in Südafrika die Prioritäten neu gesetzt, der Fokus der Nation lag einzig und allein auf der WM. Betrachtet man die grundlegenden Probleme des Landes, fällt auf, dass in die falschen Bereiche investiert wurde. Allein 58% der finanziellen Mittel flossen in die Stadien, die nun ungenutzten Weißen Elefanten, und die dazugehörige Infrastruktur. Von dem Betrag, der in den Bau des Green Point Stadions in Kapstadt investiert wurde statt die schon damals vorhandenen Stadien Newlands oder Athlone WM-gerecht umzubauen, hätten Häuser für eine Viertelmillion Menschen gebaut werden können. Die Kosten, die Südafrika insgesamt zu tragen hatte, erreichten das 17-fache des erwarteten Wertes; der im Vorfeld erhoffte Gewinn entpuppte sich als Verlust. Denn die Einnahmen, die der Gastgeber während der WM erzielen konnte, entsprechen gerade einmal einem Zehntel seiner Ausgaben.

In dem Land, in dem sich nur schleppend ein höherer Bildungsstandard einstellt, wurden während



der WM die Schulen geschlossen. Viele Menschen mussten aufgrund von Zwangsumsiedlungen ihre gewohnte Umgebung verlassen, Bettler_innen sowie Straßenkinder wurden durch so genannte „Städtesäuberungen“ vertrieben und lokale Straßenhändler_innen durften sich in einem festgelegten Umkreis nicht den Stadien nähern. Das Problem der Ungleichheit war allgegenwärtig. Bauarbeiter_innen erreichten nur durch Streiks eine leichte Erhöhung ihrer Löhne (von 250 auf 270€ im Monat) während sich die Baufirmen eine goldene Nase verdienten: Der Lohnunterschied zwischen dem am schlechtesten bezahlten Arbeiter und dem Geschäftsführer einer der führenden Baufirmen lag 2009 bei einem Faktor von 285. Menschen aus der armen Schicht der Gesellschaft (zwischen 30 und 40% der südafrikanischen Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze von 2US\$/ Tag) hatten somit kaum Zugang zu neuen Verdienstmöglichkeiten und der Teilhabe am Profit anderer. Die 130.000 neu geschaffenen Arbeitsplätze waren zum Großteil temporärer Natur, sodass die WM der dramatischen Arbeitslosigkeit in Südafrika, welche 2009 bei knapp 25% lag (2008: 23,2%), langfristig nicht entgegenwirken konnte.

Obwohl die Anzahl an Touristen zur WM deutlich anstieg, hatte man mit noch mehr WM-Besuchern gerechnet. Die Auslastung der Hotellerie im Western Cape lag beispielsweise lediglich bei 55%. Auf lange Sicht gesehen wird Südafrika hoffentlich von der neu gewonnenen Aufmerksamkeit und dem Interesse vieler Ausländer profitieren. Auch in anderen Bereichen wird man vermutlich erst im Laufe der Zeit einen

Überblick über die Auswirkungen der Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika bekommen. Dass der Gastgeber mit der Ausrichtung dieses Megaevents in die Geschichte eingegangen ist, steht außer Frage. Dafür zahlte das Land jedoch einen hohen Preis.

Die Männer-Fußball-WM. Eine neoliberale Sportveranstaltung? Die FIFA vom *Estadio Nacional* zur Fanmeile.

VOLKER EICK. POLITIKWISSENSCHAFTLER AN DER FU BERLIN. DER BEITRAG IST DIE STARK GEKÜRZTE, VON DAVID WUNDERLICH ÜBERSETZTE UND VOM AUTOR AKTUALISIERTE VERSION VON: A NEOLIBERAL SPORTS EVENT? THE FIFA FROM THE ESTADIO NACIONAL TO THE FAN MILE. IN: CITY 14(3), 278–297.

Der CIA-gestützte Putsch gegen Chiles demokratisch gewählte Regierung im Jahr 1973 bot den Feinden Salvador Allendes erstmals die Gelegenheit, mit autoritärer Markt-reform, dem Rückbau von Gesetzen, dem Verkauf öffentlicher Güter sowie der Förderung des unregulierten, freien Wettbewerbs oder, kurz gesagt, mit Neoliberalismus praktisch zu experimentieren (Brenner & Theodore 2002). Insoweit dieser „kleine 11. September“ (Harvey 2005: 7) tatsächlich hervorzubringen vermochte, worauf ideologische Denkfabriken in Großbritannien, den USA und darüber hinaus (Mirowski & Plehwe 2009) bereits jahrelang abzielten, eine marktgeleitete politische Ökonomie und Umstrukturierung des Staates, so gilt dies auch für die *Fédération Internationale de Football*



Association (FIFA).

Nicht nur ließ sich der damalige Generalsekretär der FIFA vom Pinochet-Regime überzeugen, der bisherige Missbrauch des *Estadio Nacional* in Santiago als Foltergefängnis sei kein Hindernis, das Stadion für ein damals geplantes WM-Qualifikationsspiel zu nutzen (Hachleitner 2005: 267). Es war zudem die Antrittszeit des neuen FIFA-Präsidenten João Havelange, eines brasilianischen Geschäftsmagnaten, der über lukrative Sponsoringangebote multinationale Marken wie Coca-Cola und Adidas einband und über den Verkauf von TV-Rechten die FIFA in ein globales Unternehmen und die Männer-Fußball-WM in ein Big Business mit weltweiter Öffentlichkeit, exorbitanten Profiten und spektakulären Sicherheitsvorkehrungen verwandelte (FIFA 2003; Homburg 2008; Boyle & Haggerty 2009).

Neoliberalismus, Neoliberalisierung und das Kernprodukt der FIFA: die Weltmeisterschaft

Als Ideologie kann Neoliberalismus als Bündel politischer Diskurse verstanden werden, das liberale Konzeptionen von Freiheit, vom Individuum, dem Markt und staatlicher Nichteinmischung neu ausrichtet, oder als „ideologische Ablehnung des egalitären Liberalismus im Allgemeinen und des keynesianischen Wohlfahrtsstaates im Besonderen, mit einer partiellen Rückkehr zu den Ideen des klassischen Liberalismus“ (Hackworth 2007: 9). Neben einer Ideologie ist Neoliberalismus zudem eine Praxis, die als *Neoliberalisierung* oder „real existierender Neoliberalismus“ (Brenner & Theodore: 2002) beschrieben werden kann. Mit anderen Worten, Neoliberalismus ist die Ideologie,

auf der die Neoliberalisierung als dazugehöriger, historisch-praktischer Prozess aufsitzt.

Grob gesagt, fordert und befördert der Neoliberalismus marktdominierte ökonomische und soziale Umstrukturierung. Der „real existierende Neoliberalismus“ (Neoliberalisierung) ist dabei ein hoch kontingenter Prozess und kein endgültiges Produkt. Dieser Prozess unterminiert etablierte keynesianische Übereinkünfte; z.B. das fordistische Abkommen, das kontinuierliche Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und Unternehmen unter staatlicher Aufsicht ermöglicht. Andererseits impliziert der Begriff Neoliberalisierung die Schaffung neuer Institutionen und Praktiken bzw. die Aneignung der bereits bestehenden, immer mit dem Ziel, den Neoliberalismus zu reproduzieren. Das kann Kooperationen zwischen Regierung und Privatunternehmen beinhalten, die in Gesetzesform etwa die Pflicht zur Arbeit in jeder Form und zu allen Bedingungen festschreibt (Workfare) oder verschiedene *public-private partnerships* ohne demokratische Kontrolle ermöglicht, etwa im Polizeibereich (Eick 2012).

Die politische Konstruktion von Märkten und die Institutionalisierung von Wettbewerbslogiken und privatisierter Verwaltung durch staatliche und nicht-staatliche Akteure ging einher mit der Veränderung des Nationalstaats: nach oben, zur globalen Ebene und ihren Institutionen (IWF, G8, FIFA etc.) und nach unten, auf die lokale Ebene (z.B. Stadtverwaltungen) gab der Nationalstaat Aufgaben ab. Swyngedouw (1997) hat dafür den Begriff „Glokalisierung“ eingeführt. Die Kontrollbefugnisse, die vormals



bei den Nationalstaaten lagen und durch diese ausgeübt wurden, schwinden, während die globale und lokale Ebene mit ihren jeweiligen Institutionen und Interessengruppen an Wichtigkeit gewinnt. Dadurch erlangten die Städte eine zunehmend wichtige Rolle, die wiederum aufgrund verschärften Wettbewerbs zwischen den Städten zur Entstehung mannigfaltiger Neoliberalismen führt.

In Zeiten der „glokalisierten“ Neoliberalisierung ist das Hauptziel städtischer Politik die Erschließung urbanen Raums für marktorientiertes wirtschaftliches Wachstum. Der Neoliberalismus hat zudem Mechanismen und Modi zur Krisenverlagerung entwickelt, darunter lokale Wirtschaftsentwicklungspolitiken und durch die urbanen Eliten getragene Programme zur sozialen Ausgrenzung. Zwischen zuvor separaten staatlichen Einflusssphären hat er neue Formen der Koordination und Netzwerke unter den Organisationen geschaffen, so dass schließlich soziale, politische und selbst ökologische Kriterien verknüpft und neu definiert wurden, um so die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit auszubauen. Soziale Infrastrukturen, die politische Kultur und ökologische Grundlagen der Städte werden zu Wirtschaftsgütern. Bereits mit der Deregulierung und dem Abbau des Wohlfahrtsstaates in den 1980er Jahren wurde eine sozialstaatliche Verteilungspolitik sukzessive durch Maßnahmen zum Ausbau der städtischen Wettbewerbsfähigkeit ersetzt; in der Folge nahm die sozialräumliche Polarisierung zu, während Wohlstand und wirtschaftliche Möglichkeiten zunehmend ungleich verteilt wurden. Zudem: Städte begannen mit

so genannten Megaevents einen Nullsummenwettbewerb zu subventionieren, bei dem die Präsentation und der Verkauf eines urbanen Images ebenso wichtig wurden, wie Maßnahmen, die die Innenstädte und Veranstaltungsorte von „unerwünschten“ und „gefährlichen Elementen“ (Jugendliche, Obdachlose, Bettelnde, Prostituierte und andere potentielle „Störenfriede“) fernhalten sollten (Mayer 2007).

Was „aktuell existierender Neoliberalismus“ für die FIFA bedeutet, soll anhand einiger Kernkriterien des Neoliberalismus dargelegt werden: Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, Marktlogiken im öffentlichen Sektor sowie Internationalisierung und die Befreiung von direkten Steuern für Unternehmen (Steuerreduzierung) sind hier die Stichworte.

Liberalisierung

Für die FIFA (als Nonprofit-Organisation), die WM (als deren wichtigstes Produkt) und den Fußball im Allgemeinen (als Profit erzeugende Industrie) liegt die Förderung von Liberalisierung, also des freien Wettbewerbs, auf der Hand. Seit den 1970ern war der neue FIFA-Präsident João Havelange „in der Lage, Fußball nicht nur als einen [sportlichen] Wettbewerb zu betrachten, sondern fand ebenso Mittel und Wege, die weltweite technische Entwicklung voranzutreiben und neue Generationen für diese Veränderungen vorzubereiten“ (FIFA 2003: 6). Derartige Veränderungen schließen eine marktwirtschaftlich orientierte Fußballindustrie mit ein, die sich von einem Millionengeschäft in den 1980ern zu einem, mehrere Milliarden umfassenden Markt Anfang



des 21. Jahrhunderts entwickelt hat. Fußballspieler wurden von der FIFA von Amateuren zu unternehmerischen Athleten geformt, zu Trägern von Marken-Logos der Sportindustrie und zu modernen Gladiatoren; sogar das entsprechende Kopfgeld findet sich aufgelistet im Internet.¹

Was als Seilschaft alter Männer begann, ist heute ein moderner, gewinnorientierter und de facto Profit erzielender Nonprofit-Konzern; vom losen Netzwerk weniger nationaler Fußballverbände aufgestiegen zum *global player* mit hierarchisch und funktional aufgebautem Vollzeitmanagement, fest Angestellten und einem systematischen Rechnungswesen.

Nicht vergessen werden sollte, dass sich die FIFA über die Jahrzehnte zu einem immer hierarchischer organisierten System entwickelte und so immer undemokratischer, wenn nicht gar autokratisch geworden ist. Dieser Prozess war jedoch nicht ausschließlich dem Verhalten der FIFA-Präsidenten und ihrer Generalsekretäre geschuldet, sondern ebenso eine Reaktion auf Forderungen von Medien und Wirtschaftspartnern, die für ihre jeweiligen Verträge eine verlässliche Verwaltung durch die FIFA forderten. Dies ist von besonderer Wichtigkeit, weil Verträge üblicherweise bis zu sechs Jahre vor dem jeweiligen Event geschlossen werden (Homburg 2008). Diese Doppeldeutigkeit – ein Nonprofit formt (und wird geformt von) Märkte(n), Staaten und nicht-staatliche(n) Akteure(n) – gibt Aufschluss über eine neokommunitaristische Spielart des Kapitalismus (Jessop 2002), nach der die FIFA die Regeln macht.

Die FIFA hat es geschafft, eine an

sich gesellschaftliche Tätigkeit, Fußballspielen, zu dominieren und in ein profitables Geschäft zu verwandeln. Mit der WM hält die FIFA gar ein Verwertungsmonopol – dementsprechend wird der freie Wettbewerb auf Null reduziert.

Deregulierung

Weltmeisterschaften sind symbolisch aufgeladene und stark nationalisierte Veranstaltungen (Giulianotti & Robertson 2007). So gesehen, unterminiert der freie Transfer von Spielern zwischen verschiedenen nationalen Clubs und sogar zwischen Nationalmannschaften deren Rolle als Vertreter von Nationalstaaten. Die FIFA legt eigene Regeln fest und schränkt dabei die Rolle des Staates ein. Gleichzeitig will sie über den Rechtsweg (durch Anfechten bestehender staatlicher Gesetzgebung) und über „private“ Gesetze den freien Wettbewerb regulieren. Man könnte gar sagen, dass die Regulierung das Geschäft der FIFA darstellt.



Foto: Sven Lohmeyer



Ein interessantes Beispiel für einen solchen Versuch der Re-Regulierung bietet die momentane Debatte über die sogenannte 6+5-Regel, die vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelt wird. Ab 2012/13 will FIFA-Präsident Sepp Blatter den Anteil der ausländischen Spieler in einem Team mit einem Prozentsatz von mindestens sechs einheimischen Spielern und maximal fünf Ausländern festlegen (6+5).² Die EU-Kommission sieht eine solche Quote hingegen unvereinbar mit EU-Recht, das den Arbeitnehmern aller Mitgliedsstaaten Freizügigkeit gewährt. Es ist hier, ohne ins Detail gehen zu wollen, wichtig, dass eine globale Nonprofit-Organisation gesetztes Recht in Frage stellt, in diesem Fall sogar ein Grundrecht.

Privatisierung

Privatisierung meint, wenn von der FIFA die Rede ist, nicht den Ausverkauf öffentlicher Güter, sondern vielmehr die Kommodifizierung *zivilgesellschaftlicher* Aktivitäten. Der Anteil des Profits, den die FIFA allein kontrolliert und der aus Verträgen wie zum Beispiel mit Medienkonzernen stammt, stieg 1990 von 19 auf 25 Prozent, davon ein Prozent, das als „Beitrag zu einem Sonderfond, über dessen Gebrauch das FIFA-Exekutivkomitee entscheidet“, gekennzeichnet wurde (zit.n. Homburg 2008: 59). 1998 wurde die finanzielle Transparenz zur Verteilung der Gewinne an die *FIFA-Familie* abgeschafft: „Es ist beunruhigend, dass nach 1998 weder das WM-Regelwerk noch die Statuten der FIFA die Verteilung der Einnahmen durch die WM und den Anteil der FIFA im Auge behalten“ (ebd.: 61).

Die englischen und walisischen

Fußballverbände erfanden 1885 den professionellen oder profitorientierten Fußball (Hachleitner 2004); die FIFA hat ihn im 20. Jahrhundert zur Ware gemacht. Diese Kommodifizierung des Fußballs ist bestens bekannt – von Stadien überall auf der Welt, die nach multinationalen Konzernen benannt sind;³ von Vereinen, die an Aktienmärkten gehandelt werden (wie Manchester United, Borussia Dortmund etc.);⁴ von der Erfindung neuer Ligen, um Profitmöglichkeiten zu vergrößern (etwa die 3. Liga in Deutschland seit 2008); bis hin zu neuen Marketingstrategien und der Stadiengestaltung, um ein finanziell solventeres Publikum anzuziehen (van Winkel 2000; Hagemann 2007).

Marktlogiken im öffentlichen Bereich

Die Errichtung von Fanmeilen kann entweder als Privatisierung öffentlichen Raumes oder als Einführung von Marktlogiken im öffentlichen Raum betrachtet werden. Die jeweilige Fanmeile wurde etwa bei der WM 2006 vorübergehend an den TV-Partner der FIFA, Infront Sports, verpachtet. Die Fanmeilen müssen grundsätzlich registriert sein und über eine Lizenz verfügen, die, abhängig von deren Einordnung als kommerzielle oder nicht-kommerzielle Veranstaltung, dazu führt, dass die Veranstalter eine Gebühr an die FIFA entrichten müssen. Ein öffentlicher Raum wird also nicht privatisiert, sondern nur stellvertretend (und vorübergehend) eine Marktlogik installiert.

Mit den Fanmeilen verfolgt die FIFA definitiv nicht das Ziel, Fans ohne Stadionticket eine Möglichkeit zu bieten, die Spiele dennoch zu sehen. Im Kern geht es vielmehr um



Vermarktungs- und Werberechte. Die (kurzzeitige) Übernahme öffentlichen Raumes z.B. während der WM 2006 durch die FIFA sollte den Sponsoren die Exklusivrechte für Werbeflächen gewährleisten. Wie Klausner (2008) gezeigt hat, zwingt die FIFA sämtliche WM-Bewerber (Staaten wie Gastgeberstädte), allen im so genannten FIFA-Regelwerk festgelegten Vermarktungskonditionen, Profitinteressen und Sicherheitsbestimmungen zuzustimmen, noch bevor die Bewerber überhaupt wissen, ob sie die Weltmeisterschaft austragen dürfen.

Das Konzept der Marktlogik im öffentlichen Bereich lässt sich zudem allgemein auf die FIFA als Institution übertragen, da Nonprofit-Organisationen qua definitionem weder eine staatliche noch eine privatwirtschaftliche Rechtsperson sind. Zudem dürfen sie keine Gewinne für private Zwecke erzielen und überschüssige Gelder lediglich gemäß den in ihren Statuten festgelegten Zielen reinvestieren. Die FIFA setzt Konditionen durch, die kommerziellen Kriterien entsprechen, offiziell erwirtschaftet sie jedoch keinen Gewinn. Die FIFA fungiert als eine Art Stellvertreter für Privatisierung: Im Bezug auf „eine Marktlogik ohne Markt“ zu sein, könnte man die FIFA gar als Inbegriff einer solchen Logik *definieren*.

Internationalisierung und Steuerreduzierung

Nach Eisenberg (2002) ist Sport der einzige Teil der Massenkultur, dem – anders als bei Mode, Musik oder Showgeschäft – ein globales institutionelles System zur Verfügung steht. Die jeweiligen Organisationen auf der regionalen (z.B. die UEFA in Europa) und globalen Ebene können als supranationale Orga-

nisationen und wegen ihrer direkten Verbindung zu lokalen Sportvereinen (im Fußball alle unter dem Einfluss der FIFA) als Ausdruck der „Glokalisierung“ nach Swyngedouw gesehen werden.

Die FIFA, 1904 mit sieben europäischen Mitgliedern gegründet, hat heute 208 Mitglieder weltweit,⁵ also mehr als die Vereinten Nationen (Eisenberg 2006). Obwohl die FIFA ursprünglich als internationale Sportorganisation gedacht war, die offiziell zunächst lediglich „die Regeln verwalten und Turniere regulieren“ sollte (ebd.: 59), hat sie sich seit den späten 1970ern in einen kapitalistischen Betrieb globalen Ausmaßes gewandelt. Die Gewinne der FIFA wuchsen von 20.000 € im Jahr 1930 auf 1,1 Milliarden 2006 (ebd.: 42). Die Vereine sind nicht nur durch auswärtige Fans und weltweite Fanclubs zu transnationalen Firmen geworden, sondern die Fußballfunktionäre haben durch das Anheuern ausländischer Spieler zudem eine globale (Wirtschafts-)Gemeinschaft geschaffen. Den strukturellen Charakteristika des Neoliberalismus in seiner neokommunitaristischen Variante, wie Jessop (2002) sie beschreibt, kommt die FIFA mit ihrem Status als „internationale nicht-staatliche, Nonprofit-Organisation in Form eines Vereins nach schweizerischem Recht“ deshalb am nächsten, weil sie von allen Steuern befreit ist (FIFA 2009: 63).

Neoliberalisierung und ihre Auswüchse

Eine umfassende Definition von Nonprofit-Organisationen gibt es bis heute nicht, jedoch einige wichtige idealtypische Charakteristika. Demnach sind Nonprofits formale (professionalisierte) unab-



hängige gesellschaftliche Organisationen, deren vorrangiges Ziel es ist, gemeinschaftliche Ziele auf nationaler oder internationaler Ebene voranzutreiben (Martens 2002; Eick 2010). Nonprofits entstammen der öffentlichen Sphäre, beziehen üblicherweise keine Mitglieder von Regierungen oder Regierungsbehörden mit ein und werben für ein öffentliches Gut (hier: Fußball oder der „soziale Zusammenhalt“), von dem ihre Mitglieder und/oder die Öffentlichkeit profitieren. Nonprofits sind professionalisiert, weil sie über ausgebildetes Personal verfügen können, aber arbeiten nicht gewinnorientiert (Eick et al. 2004).

Die FIFA zielt darauf ab, durch Regulsetzung in ihren Mitgliedsorganisationen den freien Wettbewerb zu beschränken (wobei sie außerhalb der Organisation neoliberalen Marketing befördert). Mit der öffentlichen Vermarktung des kommerziellen Fußballs, inklusive seiner politischen Rolle, betont die FIFA den gesellschaftlichen Nutzen des Fußballs und behauptet permanent, Fußball stärke den „sozialen Zusammenhalt“. In den Zielen der FIFA ist das auch vorgegeben: „Den Fußball ständig zu verbessern und ihn im Lichte seines einenden, bildenden, kulturellen und humanitären Wertes weltweit zu fördern“ (FIFA 2007: 5).

Obwohl der Gewinn nicht nach der Höhe des ursprünglich investierten Kapitals verteilt wird und die Nutznießer hauptsächlich die Mitgliedsverbände sind, verbleiben doch 25 Prozent des Gesamtgewinns bei der FIFA-Zentrale (Homburg 2008: 59). Man mag die Verteilungsprinzipien der FIFA „unorthodox“ nennen (Eisenberg 2006: 60), sie bleibt gleichwohl definitiv ein kapitalisti-

sches Wirtschaftsunternehmen.

Aus dieser Perspektive heraus plädiere ich für ein Verständnis von Nonprofits wie der FIFA als „neokommunitaristische Realisten“ (Eick 2010), die hier auf sehr nüchterne Art und Weise Vorteile aus der schweizerischen Gesetzgebung ziehen: durch Beschränkung des freien Wettbewerbs innerhalb ihrer Untergliederungen; durch Selbstermächtigung mit dem Ziel, die Rolle von Nonprofit-Organisationen zu stärken, durch die Betonung der Rolle des Fußballs für einen (nationalisierten) „sozialen Zusammenhalt“; durch, im ursprünglichen Sinne, globales Denken und lokales Handeln; und durch die teilweise Übertragung ihrer Gewinne auf die Mitgliedsverbände, während zugleich kein einziger Cent an Steuern zu entrichten ist.

Es ist schon bemerkenswert, wie weit der Einfluss der FIFA auf Staaten und nicht-staatliche Interessengruppen vor, während und nach Weltmeisterschaften – mithin also unablässig – reicht.

Fazit

Trotz des bekannten Trends zur Festivalisierung städtischer Politik (Häußermann & Siebel 1993) und angesichts des Marketings für die „Stadt als Unternehmer“ (Duckworth et al. 1987), macht die zeitliche und räumliche Intensität der Vermarktungs- und Kommodifizierungsprozesse vor, während und nach den vier Wochen der WM den großen Unterschied. Mit der Vermarktung ihres Hauptprodukts nutzt die FIFA ihr WM-Monopol. Im Wesentlichen geschieht dies durch Regulierung des Wettbewerbs zwischen den großen Akteuren der Sport- und Medienindustrie, um



höhere Profite zu erwirtschaften, die – zum Teil – an die Mitgliedsverbände weitergereicht werden.

1) Die FIFA ist eine Nonprofit-Organisation, die die Neoliberalisierung prägt und von ihr geprägt wird. Ihr Hauptprodukt ist die Vermarktung einer per se *zivilgesellschaftlichen* Aktivität, das Fußballspielen, hin zu einer profitablen Ware.

2) Die FIFA formt den urbanen Raum und wird von ihm geformt. Seit 2002 legt sie nicht mehr nur die Gesetze und Regelungen für ihre Mega-Events in den Stadien fest (vom Grün des Rasens zu den Trikots für die Spieler), sondern darüber hinaus auf den Fanmeilen und in der gesamten Stadt: sie legt die Sicherheitsmaßnahmen fest; sie entscheidet, welche Firmenlogos zu sehen sein dürfen und was verkauft werden darf.

3) Der wachsende Einfluss der FIFA kann als neue Methode des Regierens betrachtet werden. Alle (vertraglichen) Beziehungen zwischen den beteiligten Interessengruppen

sind geprägt von der Fähigkeit der FIFA, ihr monopolisiertes Produkt anzubieten. Daher sind die Vier-Jahres-Netzwerke hierarchisch organisiert, und die Unterwerfung der Gastgeberländer mit ihren jeweiligen Austragungsstädten unter das Regelwerk der FIFA ist die Vorbedingung, um die Spiele austragen zu können.

4) Die Regelungen, die vor, während und nach der WM festgelegt werden, nutzen nicht nur der FIFA, sie werden auch von anderen Interessengruppen ausgenutzt, insbesondere von Sponsoren, Medien und der Sportindustrie. Allgemein normalisieren die Weltmeisterschaften die Wahrnehmung der Bevölkerung, dass privatwirtschaftliche Interessengruppen und Nonprofits die Begriffshoheit und Kontrolle über Märkte, Sicherheitsbestimmungen und urbanen Raum innehaben, und damit bis zu einem gewissen und ansteigenden Grad über das alltägliche Leben der Menschen bestimmen.

1 S. etwa <http://www.transfermarkt.de/de/spieler/goldenerschuh/basics.html> (08.10.2012).

2 S. <http://www.ftd.de/sport/fussball/auslandsfussball/news/:russland-weicht-fussball-auslaenderregel-auf/70059437.html> (08.10.2012).

3 Die FIFA reguliert sogar den Wettbewerb im Bereich des Markenrechts: Während der WM 2006 in Deutschland mussten sieben von zwölf Stadien umbenannt werden, weil deren Namensgeber keine Sponsoren der WM waren (Klauser 2008: 181).

4 http://www.boerse.de/aktienkurse/boersennotierte_fussballvereine/kursliste (08.10.2012).

5 S. www.tagesspiegel.de/sport/art272,1918663 (08.10.2012).

Boyle, P. & Haggerty, K. 2009: Spectacular security. In: *International Political Sociology* 3(3), 257–274.

Brenner, N. & Theodore, N. 2002: Cities and the geographies of „actually existing neoliberalism“. In: *Antipode* 34(3), 349–379.

Duckworth, R., McNulty, R. & Simmons, J. 1987: *Die Stadt als Unternehmen*. Stuttgart: bonn aktuell.

Eick, V. 2010: Policing “below the state” in Germany. In: *Contemporary Justice Review*, 14(1), 21–41.

Eick, V. 2012: Polychrome policing in Germany. In: R. Lippert and K. Walby (Hrsg.), *Policing cities*. New York: Routledge.

Eick, V., Grell, B., Mayer, M. & Sambale, J. 2004: Nonprofit-Organisationen und die Transformation der lokalen Beschäftigungspolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Eisenberg, C. 2002: Die Entdeckung des Sports durch die moderne Geschichtswissenschaft. In: *Historical Social Research* 27(2/3), 4–21.

Eisenberg, C. 2006: FIFA 1975–2000: the business of a football development organisation. In:



Historical Social Research 31(1), 55–68.

FIFA 2003: Fédération Internationale de Football Association. Info Plus: For the Good of the Game. Zürich: FIFA.

FIFA 2006: Reglement FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006. Zürich: FIFA.

FIFA 2007: FIFA Statutes. Regulations Governing the Application of the Statutes Standing Orders of the Congress. Zürich: FIFA.

FIFA 2009: FIFA Financial Report 2008. Zürich: FIFA.

Giulianotti, R. & Robertson, R. 2007: Recovering the social: globalisation, football and transnationalism. In: Global Networks 7(2), 166–186.

Hackworth, J. 2007: The neoliberal city. Ithaca, NY: Cornell University Press.

Hagemann, A. 2007: Filter, Ventile und Schleusen. In: V. Eick et al. (Hrsg.): Kontrollierte Urbanität. Bielefeld: transcript, 301–328.

Harvey, D. 2005: A Brief History of Neoliberalism. Oxford: Oxford University Press.

Hachleitner, B. 2004: Von echten Profis und falschen Amateuren. Abrufbar unter www.ballesterer.at/index.php?art_id=741 (08.10.2012).

Hachleitner, B. 2005: Das Stadion als Gefängnis. In: M. Marschik et al. (Hrsg.): Stadion. Wien: Turia + Kant, 258–281.

Häußermann, H. & Siebel, W. (Hrsg.) 1993: Festivalisierung der Stadtpolitik. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Homburg, H. 2008: Financing world football. Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 53(1), 33–69.

Jessop, B. 2002: Liberalism, neoliberalism, and urban governance. In: Antipode 34(3), 452–472.

Klauser, F. 2008: FIFA land 2006. In: Centre of Contemporary Culture of Barcelona (Hrsg.in): Architectures of Fear. Barcelona: CCCB, 173–187.

Martens, K. 2002: Mission impossible? Defining nongovernmental organizations. In: Voluntas 13(3), 271–285.

Mayer, M. 2007: Contesting the neoliberalization of urban governance. In: H. Leitner, J. Peck & E. Sheppard (Hrsg.): Contesting Neoliberalism. New York: Guilford Press, 90–115.

Mirowski, P. & Plehwe, D. (Hrsg.) 2009: The Road from Mont Pelerin. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Swyngedouw, E. 1997: Neither global nor local: "glocalisation" and the politics of scale. In: K. Cox (Hrsg.): Spaces of Globalization. New York: Guilford, 137–166.

van Winkel, C. 2000: Dance, discipline, density and death. In: M. Provoost (Hrsg.): The Stadium. Rotterdam: NAI, 12–36.

Anweisungen der FIFA

LUIZ FERNANDO VERÍSSIMO. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH ÜBERSETZT VON YŌKO WOLDERING. AUS: [HTTP://CONTEXTO-LIVRE.BLOGSPOT.DE/2012/03/CHE-GARAM-AS-INSTRUcoes-DA-FIFA-PARA.HTML](http://contexto-livre.blogspot.de/2012/03/che-garam-as-instrucoes-da-fifa-para.html)

Die Anweisungen der FIFA, wie wir uns während der Männer-Fußball-Weltmeisterschaft 2014 zu verhalten haben sind da! Die Brasilianer_innen, die die Empfehlungen der FIFA nicht berücksichtigen, können eine Geldstrafe erhalten oder, je nach Art des Verstoßes, schwerwiegendere Sanktionen auferlegt bekommen. Man notiere.

Es beginnt beim Empfang der Obrigkeiten und der ausländischen

Delegationen an den Flughäfen: Wir müssen unsere Manie, nicht nur die Hand zu schütteln, sondern dem Anderen auch leicht auf die Schulter zu klopfen, bremsen. Dies zeigt eine Intimität an, die nicht existiert und die die Besucherin oder den Besucher in Verlegenheit bringen könnte.

Die FIFA ist damit einverstanden, dass festliche Empfänge für die Ausländer_innen organisiert werden, wenn diese schon einmal ins Land des Karnevals reisen, man erbittet sich jedoch Mäßigung. Die Trommler_innen der Sambaschulen sollen an den Flughäfen nur mit leichten Instrumenten auftreten und dabei bloß nicht zu viel glitzern, und die Mulattinnen sollen ja



darauf Acht geben, dass sie die Neuankömmlinge nicht mit stark minimierten Trachten beleidigen. Soll heißen: keine Riesentrommeln oder Lendenschurze.

Die Frage der Bekleidung: Die FIFA macht Einschränkungen, was die Kombination Shorts und FlipFlops angeht. Sie verbietet sie nicht völlig, aber bevorzugt, dass sie nicht bei Gelegenheiten wie Cocktailpartys und offiziellen Empfängen getragen werden, vor allem, weil Blatter Krawatte tragen wird. Kurze Röcke für Frauen werden toleriert, solange der Abstand zwischen Hüfte und Saum des Rockes nicht kleiner als achtzehn Zentimeter ist. Es wird an öffentlichen Plätzen eine Aufsicht der FIFA geben, die den Abstand misst. Die Frisuren und Tätowierungen werden auch kontrolliert und die FIFA empfiehlt, dass die ganze Nation Diät hält und Sport treibt, um bis 2014 abzunehmen, denn so wie wir jetzt sind, geht es auf keinen Fall.

Die FIFA hat beobachtet, dass die Brasilianer_innen in Restaurants sehr laut sprechen. Sie wird eine Dezibelgrenze einführen, die im Falle einer Überschreitung zur Schließung des Lokals und zur Einweisung der Kundschaft in Intensivkurse für Ausdruck und Etikette bis mindestens zum Ende der WM führen wird.

Die FIFA prüft derzeit die Änderung unseres Namens von *Föderative Republik* zu *Vereinigte Staaten von Brasilien*, oder – wenn man berücksichtigt, dass die meistgesprochene Sprache hier sowieso englisch ist – *Vereinigte Staaten von Amerika mit Untertiteln*. Sie denkt auch darüber nach, unsere Farben zu ändern, weil grün und gelb, ganz offen gesagt... Aber das wird verschoben

auf die nächste Phase, wenn die FIFA die brasilianischen Bundesländer neu strukturiert, einige ganz streicht und in unseren Steuersatz eingreift.

Schließlich ist die FIFA nicht zufrieden mit unserer Regierung. Sie findet Dilma viel zu machthaberisch, noch machthaberischer als sich selbst, und kümmert sich schon um einen Ersatz.

„Recht auf Stadt“ – mehr als nur ein guter Slogan

ANDREJ HOLM. SOZIALWISSENSCHAFTLER AN DER HU BERLIN. AUS: HEFT FÜR LITERATUR, STADT UND ALLTAG, 07/2010, 32-33.

Unter dem Stichwort „Right to the City“ („Recht auf Stadt“) konstituieren sich weltweit neue städtische Protestbewegungen, die gegen die neoliberale Hegemonie eigene Ansprüche an den städtischen Entwicklungen einfordern. Die Aktivitäten und Forderungen die sich auf ein „Recht auf Stadt“ beziehen sind dabei sehr vielfältig: in New Orleans fordern die Mieter_innen der Sozialwohnungssiedlungen die Rückkehr in ihre preiswerten Wohnungen (Jakob/Schorb 2008), in Madrid protestieren Sexarbeiterinnen und Bewohner_innen gegen die Verdrängung aus ihrer Nachbarschaft, in Istanbul wehrte sich eine Roma-Nachbarschaft gegen den Abriss einer ganzen Siedlung (Tan 2009), in Wuppertal mobilisierte ein breites Bündnis gegen das kommunale Spardiktat und in Hamburg besetzten Künstler_innen die letzten historischen Gebäude im Gängeviertel, um die Neubaupläne eines Investors zu verhindern. Kaum



ein Stadtprotest der letzten Jahre, der nicht auf die Parole „Recht auf Stadt“ zurückgriff. Wie ist diese hohe und auch internationale Attraktivität für ein „Recht auf Stadt“ zu erklären und welche Potentiale birgt der Ansatz für städtische soziale Bewegungen?

Das Konzept

Inhaltlich geht die Forderung nach einem „Recht auf Stadt“ auf den französischen Soziologen Henri Lefebvre zurück, der schon in den 1960er Jahren das „Recht auf die Stadt“ als ein „Recht auf den Nichtausschluss“ von den Qualitäten und Leistungen der urbanisierten Gesellschaft konzipierte (Lefebvre 1990: 160). In seinem Text *Le droit à la ville* von 1968 beschreibt Henri Lefebvre die kapitalistische Stadt, insbesondere ihre sozioökonomische Segregation und die damit einhergehenden Entfremdungserscheinungen wie der „Tragik der banlieusards“, die in weit vom Zentrum entfernte „Wohnghettos“ vertrieben wurden (Lefebvre 1973: 121). Vor diesem Hintergrund stellt er die Forderung nach einem „Recht auf die Stadt“ als kollektive Wiederaaneignung des städtischen Raumes durch buchstäblich an den Rand gedrängten Gruppen auf.

Lefebvres Aufruf, das „Recht auf die Stadt“ zu ergreifen und die Stadt zu verändern bezieht sich dabei gleichzeitig auf die Stadt als physische Form und die mit ihr in Wechselwirkung stehenden sozialen Verhältnisse und Praktiken. Gemeint sind damit alle Formen des diskursiven und instrumentellen Entwurfs künftiger städtischer Entwicklungen. „Recht auf die Stadt“ – so ließe sich dieses Verständnis zusammenfassen – beschränkt sich nicht

auf die konkrete Benützung städtischer Räume, sondern umfasst ebenso den Zugang zu den politischen und strategischen Debatten über die künftigen Entwicklungspfade.

Vor dem Hintergrund der fordistischen Stadtentwicklung (standardisierte Massenproduktion und -konsumtion, Fließbandfertigung, Anm.d.Red.) Paris benennt Lefebvre zunächst das Recht auf Zentralität und das Recht auf Differenz als die zentralen Bestandteile eines Rechts auf die Stadt. Das Recht auf Zentralität steht für den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastrukturen und des Wissens. Das Recht auf Differenz deutet die Stadt als Ort des Zusammenkommens, des sich Erkennens und Anerkennens und der Auseinandersetzung. In anderen stadtsoziologischen Debatten ist von der „Integrationsmaschine Stadt“ die Rede, die aus der Fähigkeit Verschiedenartigkeiten zu verdichten, einen individuellen und gesellschaftlichen Mehrwert produziert.

Eine dritte Ebene des „Rechts auf die Stadt“ orientiert sich an den utopischen Versprechungen des Städtischen und reklamiert ein Recht auf die schöpferischen Überschüsse des Urbanen. Hintergrund dabei sind die Erfahrungen des fordistischen Klassenkompromisses, der in den funktionalen, modernen Stadtplanungen „unbefriedigende Lösungen für die sozialen Grundbedürfnisse“ hervorbrachte. So wurde etwa das „Recht auf Wohnung“ in den Projekten des Massenwohnungsbaus nur unter dem Verlust anderer „städtischer Qualitäten“ bedient. Insbesondere die Stadt als offener Raum des kultu-



rellen Austausches und der Kommunikation war – so die Argumentation von Lefebvre – in den Wohnungsbauprojekten nicht zu finden.

„Recht auf Stadt“ und soziale Bewegungen

Seit den späten 1990er Jahren wurde Lefebvres Forderung sowohl in der Geographie und Stadtforschung als auch in sozialen Bewegungen vielfach wieder aufgenommen (Mayer 2009). Hintergrund ist nun weniger als bei Lefebvre die fordistische Stadt der Moderne, als vielmehr die neoliberale Stadt, die mit neuen Produktionsweisen in Verbindung steht, eine neue Gestalt annimmt und neue Ausschlüsse produziert. Für die dauerhaft ökonomisch Ausgeschlossenen oder die aus gentrifizierten Innenstädten verdrängten Bewohner_innen, aber auch für die wachsende Zahl der von restriktiven Zuwanderungspolitiken betroffenen Migrant_innen und Illegalisierten stellt sich die Frage nach der Teilhabe an der Stadtgesellschaft und ihren Ressourcen in sehr unmittelbarer Weise.

Die Attraktivität des „Recht auf Stadt“ Konzeptes für Protestmobilisierungen lässt sich vor allem auf seine Vieldeutigkeit zurückführen. Das „Recht auf Stadt“ lässt sich nicht auf einen individuellen Rechtsanspruch im juristischen Sinne verkürzen (Marcuse 2009: 193), sondern ist gesellschaftliche Utopie und kollektive Forderung zugleich. Das „Recht auf Stadt“ skizziert Vorstellungen einer besseren Welt und gibt Anregungen für die Wunschproduktion sozialer Bewegungen – zugleich werden mit dem „Recht auf Stadt“ meist konkrete Forderungen verbunden, die oft mit umsetzbaren Reformstrategien verbunden wer-

den (Harvey 2008: 37 ff.). Für Protestbewegungen kann das „Recht auf Stadt“ verschiedene Funktionen haben.

Das „Recht auf Stadt“...

- ist Legitimationsressource im Sinne einer moralischen Ökonomie, die legitime Vorstellungen von sozialen Normen und Verpflichtungen mit einer breiten öffentlichen Zustimmung verbindet. Insbesondere die Formulierung eines Rechts auf Nicht-Ausschluss von den städtischen Qualitäten hat einen universellen Charakter (Holm 2009).
- ist Orientierungsmaßstab für die Organisation des Gemeinwesens und eröffnet Perspektiven der (lokal)staatlichen Institutionalisierung verschiedener Forderungen. So können verschiedene Instrumente, Programme und Leitbilder von Stadtregierungen mit den skizzierten Dimensionen eines „Rechts auf Stadt“ beurteilt und überprüft werden.
- ist Praxisorientierung für eine Ausrichtung sozialer Bewegungen auf eine politische Selbst- und Mitbestimmung sowie Praktiken der (Wieder)Aneignung. Das „Recht auf Stadt“ lässt sich nicht auf konkrete Forderungen und Projekte beschränken, sondern steht für nichts weniger als den Anspruch auf eine (Re)Politisierung der Stadtpolitik, verstanden als eine öffentliche Verhandlung über Dinge, von denen alle betroffen sind.
- ist Organisationsansatz für neue breite Bündnisse, da unter dem Dach eines „Recht auf Stadt“ verschiedene, sonst marginalisierte Themen und Initiativen zu „neuen Mehrheitsbündnissen“ verknüpft werden können (Liss/Staples 2008). In den US-Städten aber



auch in Hamburg gibt es bereits Versuche für die Institutionalisierung von solchen Netzwerken.

Die neoliberalen Neustrukturierungen der Gesellschaft werden sich verstärkt in den Städten umsetzen und dort sichtbar werden. Gesellschaftliche Utopien und Alternativen werden daher immer auch Alternativen für die Organisation des Städtischen sein. Mit einem „Recht auf die Stadt“ verbinden sich nicht nur Mobilisierungen zu einzelnen Konfliktlinien marginalisierter Interessengruppen, sondern die Chance auf soziale Mobilisierungen und neue Bündnisse, die Perspektiven einer Vergesellschaftung jenseits von Staat und Markt verfolgen.

Harvey, David 2008: Right to the City. In: New Left Review, 53, 09/10 2008, 23-40.

Holm, Andrej 2009: Recht auf Stadt – Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.v. (Hrsg.): Die Stadt im Neoliberalismus. Erfurt: RLS/Gesellschaftsanalyse, 27- 37.

Jakob, Christian; Schorb, Friedrich 2008: Soziale Säuberung. Wie New Orleans nach der Flut seine Unterschicht vertrieb. Münster: Unrast Verlag.

Lefebvre, Henri 1973: Le droit à la ville. Paris: Anthropos.

Lefebvre, Henri 1990: Die Revolution der Städte, Frankfurt a.M.: Hain.

Liss, Jon; Staples, David 2008: New Folks on the Historic Bloc – Worker Centers and Municipal Socialism. Vortrag auf der „Right to the City Konferenz“, 7. November, Berlin

Marcuse, Peter 2009: From critical urban theory to the right to the city. In: CITY, 13/2-3, 185-197.

Mayer, Margit 2009: Das „Recht auf die Stadt“ – Slogans und Bewegungen. In: Forum Wissenschaft 26/1, 14-18.

Mitchell, Don 2003: The Right to the City: Social Justice and the Fight for Public Space. New York and London: Guilford Press.

Tan, Pelin 2009: Istanbul: Widerstand im Stadtteil und gegenkultureller Raum. In: Grundrisse 30.

Brasilien und das institutionalisierte Recht auf Stadt

ADRIAN MENGAY, MA IN PHILOSOPHIE, POLITIKWISSENSCHAFT UND PSYCHOLOGIE, UND MAIKE PRICELIUS, DOKTORANDIN DER KUNSTGESCHICHTE AN DER HU BERLIN. DER TEXT IST EIN AUSZUG AUS DEM KAPITEL „DAS UMKÄMPFTE RECHT AUF STADT IN BRASILIEN“ IN: HOLM/GEHARDT (HG.) 2011: INITIATIVEN FÜR EIN RECHT AUF STADT.

Brasilien ist heute zu über 80% urbanisiert, an die 163,5 Millionen Menschen (UN Habitat 2010) leben in den Städten. Dies ist das Resultat einer rasanten Urbanisierung, die sich ab den 1960er Jahren extrem beschleunigte. Dieser Prozess, welcher sich besonders in den Metropolregionen Rio de Janeiro und São Paulos niederschlug, stellte die Städte vor neue Herausforderungen, besonders in der Versorgung der Stadtbevölkerung mit adäquatem Wohnraum und Infrastruktur. Weil der massive Zuzug kaum von den bestehenden Wohnraumkapazitäten aufgefangen werden konnte, kam es zu vielen Formen der informellen Ansiedlung, von denen die Favelas die größte Bekanntheit erlangten. Diese Ansiedlungen waren meist schlecht oder gar nicht an die Infrastruktur der Stadt angebunden und wurden selten als integraler Bestandteil derselben angesehen. Die Favelas und Besetzungen wurden zum sichtbarsten Ort der Auseinandersetzung für ein Recht auf Stadt in Brasilien.¹

Im Zuge vieler Kämpfe um die Anerkennung der Favelas, für infrastrukturelle Anbindung und Versorgung und für einen Zugang zur Stadt für deren Bewohner_innen entstand eine brasilianische urbane Reformbewegung. Unter dem Dach



der Nationalen Urbanen Reformbewegung (FNUR Fórum Nacional da Reforma Urbana) versammelten sich viele der Akteure, die seit Jahren für die Themen Wohnen, urbane Reform und Bürgerrechte kämpften. Soziale Bewegungen vom Land und aus den Favelas der Städte, Gewerkschaften und verschiedene Nicht-Regierungsinstitutionen kamen hier zusammen, um die Partizipation der brasilianischen Bevölkerung an der verfassungsgebenden Versammlung nach der Militärdiktatur 1988 zu gewährleisten und ein Recht auf Stadt in der Verfassung zu etablieren.² Die Eingaben der FNUR wurden zwar nicht in ihrem ganzen Umfang angenommen, aber die soziale Funktion der Stadt mit der Zusicherung des Wohlergehens ihrer Einwohner_innen sowie die Möglichkeiten der Legalisierung von informellem Wohnen wurden in den Artikeln 182 und

183 festgeschrieben (siehe Kasten). Damit wurden urbanes Eigentum und die Stadt erstmalig auch einer sozialen Funktion unterstellt. Diese soziale Nutzung wird erst im Rahmen eines Masterplans bestimmt. Konkret angewendet wurde dieser Passus bisher vor allem auf für die Entwicklung leer stehender und unbebauter Grundstücke, die unter anderem aus Spekulationsgründen zurück gehalten werden, um diese einer sozialen Nutzung, wie Wohnraum, zuzuführen.³ Dies soll die Möglichkeit für eine Neuregulierung der Besitzverteilung und für eine nachhaltige Urbanisierung bieten. Mit dem 2001 verabschiedeten *Estatuto da Cidade*, Bundesgesetz Nr. 10/257/01,⁴ der Stadt Statute, wurden die Bestimmungen der Artikel 182 und 183 konkretisiert und erstmalig ein Recht auf Stadt in einem nationalen Gesetz festgelegt.

Aus der Verfassung des Bundesstaates Brasilien 2009

<http://www2.camara.gov.br/english/brazilian-constitution-2>; Übers. d. Autor_innen

Artikel 182

Die urbane Entwicklung, wie sie von der Stadtverwaltung nach generellen Leitsätzen diesem Gesetz entsprechend ausgeführt wird, zielt darauf, die volle Entwicklung der sozialen Funktion der Stadt und das Wohlergehen ihrer Einwohner zu garantieren.

§ 1 Der vom Stadtrat bestätigte Masterplan, welcher für alle Städte mit mehr als 20.000 Einwohner obligatorisch ist, ist das grundsätzliche Instrument für die urbane Entwicklung und Expansionspolitik der Stadt.

§ 2 Urbanes Eigentum übt seine soziale Funktion aus, wenn es die elementaren Erfordernisse für die Bestimmungen der Stadt, wie sie im Masterplan festgeschrieben sind, erfüllt.

§ 3 Enteignung von urbanem Eigentum soll gegen eine vorherige und faire finanzielle Entschädigung stattfinden.

§ 4 Der Stadtrat kann, durch ein spezielles Gesetz, für eine Gegend, welche Teil des Masterplans ist, nach nationalem Gesetz bestimmen, dass der Eigentümer eines unbebauten, wenig oder gar nicht genutzten Grundstückes, dieses für adäquate Nutzung bereitstellen muss. Das bedeutet,



dass das Grundstück den nachfolgenden Punkten unterworfen wird:

- Zwangsweise Parzellierung oder Bebauung
- Steigende Steuerraten für Grund und Stadteigentum (*IPTU, Progressivo no Tempo*)
- Enteignung mit finanziellem Ausgleich in öffentlichen Anleihen, welche mit der Zustimmung des Senats auf Bundesebene ausgegeben werden, einlösbar in bis zu zehn Jahren in gleichen und sukzessive jährlichen Abschlagszahlungen, welche den realen Wert der Kompensation absichern.

Artikel 183

Ein Individuum, welches über ein städtisches Grundstück bis zu 250 m² für fünf Jahre, ohne Unterbrechung oder Einspruch, verfügt, und dieses für sich oder seine Familie als Heim benutzt, soll dieses in Besitz nehmen, wenn er keine weiteren städtischen oder ländlichen Grundstücke besitzt.

§ 1 Die Grundstücksurkunde und die Konzession der Nutzung soll dem Mann oder der Frau, oder beiden, egal welchen Familienstand sie haben, zugesprochen werden.

§ 2 Dieses Recht soll für den Inhaber nur einmal gelten.

§ 3 Öffentliche Grundstücke sind von dieser Verordnung ausgenommen.

1 Vgl. Perlman 2010, Lanz 2004, Happe 2002, Zaluar/ Marcos 1998.

2 Zur Geschichte der FNRU vgl. Saule Junior/Uzzo 2009. Dieser Bewegung geht eine lange Geschichte der Kämpfe um die Favelas voran. Schon ab 1945 gründeten sich erste Bewohnerkommissionen (in Rio de Janeiro), die sich gegen drohende Räumungen organisierten. Wie Machado da Silva (2002: 228) betont, basierte die zentrale Referenz "nicht auf Armut oder der Stellung im Produktionsprozess, sondern auf den fremden Gesetzen unterworfenen Wohnverhältnissen bezogen auf juristischinstitutionelle (Illegalität) und moralische Kriterien" (deutsche Übersetzung Lanz 2004: 37). Der Kampf um die Organisation der Favelas wurde aber auch von politischen Parteien, von Linken wie Rechten, sowie von der Kirche geführt.

3 Auf diesen Punkt wird im Folgenden ausführlich in Bezug auf die Entwicklung des Masterplans und der ZEIS (Zonen von speziellem sozialen Interesse) eingegangen. Am Ende des Beitrags werden ebenfalls einige zentrale Kritikpunkte, die vor allem von urbanen Bewegungen formuliert werden, erläutert.

4 Die Stadt Statute ist in der Publikation des Instituto Polis (2002) vollständig abgedruckt und ins Englische übersetzt. http://www.polis.org.br/obras/arquivo_163.pdf (20.2.2011)

Instituto Polis 2002: The Statute of the City. http://www.polis.org.br/obras/arquivo_163.pdf (19.2.2011).

Instituto Polis 2005: Plano Diretor participar è um direito! http://www.polis.org.br/obras/arquivo_195.pdf (19.2.2011)

Happe, B. 2002: Favela und Politik. Politisches Denken und Handeln von Favelados in Brasilien. Mettingen.

Lanz, S. 2004: Wie die Favela siegte. Eine kleine politische Geschichte der Favelas in Rio de Janeiro und Buenos Aires. Berlin, S. 35-60.

Machado da Silva, L. C. 2002: A continuidade do »problema da da favela«. In: Lippi Oliviera, L.: Cidade: História e Desafios. Rio de Janeiro, S. 220-237.

Perlman, J. 2010: Favelas. Four Decades of Living on the Edge in Rio de Janeiro. Oxford.

Saule Júnior, N./Uzzo, K. 2009: The History of Urban Reform in Brazil. <http://base.d-p-h.info/pt/fiches-dpa-8538.html> (12.12.2010).

UN Habitat 2010: State of the World's Cities 2010/2011. London, Washington D.C.

Zaluar, A./Marcos A. 1998: Um seculo de favela. Rio de Janeiro.



Für die Stadt des Möglichen

MÉRCIA ALVES. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON PHILIPP ANDRAE. AUS: WWW.COMITEPOPULARPE.

WORDPRESS.COM

Der Aufmacher der brasilianischen Ausgabe der *Le Monde diplomatique* des Monats November 2011, ist „Die WM gehört uns“. Zu sehen ist eine Abbildung des Pokals, dem Objekt der Begierde der weltweit besten Fußballmannschaften. Der Pokal wird von Händen verdeckt, die mit Geldscheinen gespickt sind. Diese Abbildung bringt u.a. die Kritik am sogenannten korporativen Stadtmodell zum Ausdruck. Jenem Konzept, das den brasilianischen Städten dieser Tage, durch die im Rahmen der Vorbereitungen auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2014 getätigten Investitionen und den damit verbundenen Umbauten, aufgezwungen wird.

Bereits beim ersten Blick auf die Titelseite der Themenausgabe wird klar, wie sich die Artikel und Interviews der *Le Monde diplomatique* zu diesem Thema positionieren. Zudem offenbart sich hier, wie die WM 2014 Herz und Verstand der Brasilianer_innen einnimmt. Sei es, weil es die Gelegenheit ist, in Brasilien ein Event zu verfolgen, das weltweit Aufsehen erregt; sei es, weil es für Einige die Möglichkeit bietet, das eigene Einkommen zu erhöhen. Oder, weil die Investitionen in die Infrastruktur jener Städte, die als Austragungsorte der WM 2014 fungieren, durch den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel für mehr Mobilität sorgen.

Wenn man die Bedeutung des Fußballs in Brasilien verfolgt, wie sie sich zuletzt bei der Südamerika-

meisterschaft 2007 offenbarte, lässt sich erahnen, warum sich die Öffentlichkeit mit einer kritischen Lektüre zu den tatsächlichen Auswirkungen, die diese Großveranstaltung für Brasilien zur Folge haben könnte, so schwer tut. Die Symbolik, derzufolge Brasilien die Fußballnation schlechthin ist, zeichnet ein positives und bestärkendes Bild, das Hinweise auf die herrschenden Ungleichheiten abschwächt. In Brasilien wird der Fußball gelebt, Tag für Tag. Sei es auf den Bolzplätzen der Stadtviertel, auf den Straßen am Stadtrand oder auf den kleinen eingezäunten Kunstrasenplätzen der sogenannten „Futebol Society“. Sei es als Fan von einer der zahlreichen brasilianischen Fußballteams.

Zusammengenommen scheint es zur Stunde nichts zu geben, was die Phantasie der Brasilianer_innen mehr beflügelt als die Männer-Fußball-Weltmeisterschaft 2014. Und in diesem Sinne ist es wichtig klarzustellen, dass wir keine Gegner_innen der WM sind. Das wäre gelogen, denn auch wir lassen uns von der Euphorie anstecken. Wir sind jedoch Gegner_innen des korporativen Stadtmodells, welches lediglich auf die Großereignisse wie die WM 2014 und die Olympischen Spiele 2016 ausgerichtet ist.

Wir möchten in diesem Sinne dazu ermutigen, die Untersuchung der Risiken und der Verstöße gegen geltendes Recht voranzutreiben, denen insbesondere der arme und mittellose Teil der Bevölkerung ausgesetzt ist. All das zu Gunsten der großen Umstrukturierung der Städte, auf Kosten der Schwächung des demokratischen Verwaltungsmodells und der verfassungsmäßig garantierten Einhaltung der Men-



schenrechte.

Die bei bisherigen Großveranstaltungen getätigten Investitionen machen deutlich, dass es stets die Städte sind, die im Zentrum des Interesses der Kapitalbewegungen stehen. Sie sind mehr als je zuvor Spiegelbild ihrer Merkantilisierung. Hierbei steuern alle Investitionen auf ein Stadtmodell zu: die Stadt als „Kapitalerzeugungsmaschine“ für Großunternehmen.

In dieser Konzeption von Stadt und der Verwaltung des Stadtgebiets versuchen alle Maßnahmen die Interessen des Marktes zu bedienen, was sich zur Stunde in Brasilien – mit dem Einverständnis des Staates – vollzieht. Auf welche Art und Weise wird dies durchgesetzt? Durch die Lockerung der städtebaulichen Gesetzgebung, die Bildung Öffentlich-Privater Partnerschaften, die Deregulierung der sozialen Rechte und die Kriminalisierung sozialer Bewegungen und NGOs. Wie Prof. Carlos Vainer in einem der Artikel verdeutlicht, entwickelt sich in den Stadtgebieten auf diese Weise ein „Regime der Sonderrechte“. Dabei werden, im Namen der Großprojekte und der umfangreichen Investitionen, gerade solche Umbauten ausgewählt, die das bisherige Stadtmodell im Auftrag von Kapitalinteressen und einer exklusiven und zugleich exkludierenden Stadtplanung umgestalten.

Prof. Carlos Vainer geht auf verschiedene Gesichtspunkte der Entwicklungsszenarien hinsichtlich der Umstrukturierungen ein, die sich gerade im Rahmen der Vorbereitungen auf die WM in den einzelnen Bundesstaaten ereignen. Einer der von ihm angeführten Aspekte, der uns aufmerksam werden lässt, ist, dass die Realisierung der „(...)

Großveranstaltung die Auffassung der Stadt als Ort der Sonderregelungen und -rechte bestärkt: die bestehenden Regelungen werden außer Acht gelassen. (...) Beispielsweise zahlen alle Unternehmen, die am Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und an der FIFA teilhaben, keine Steuerabgaben an den brasilianischen Staat. Das Gesetz über die Steuerpflicht, welches die Verschuldungshöchstgrenze festsetzt, wurde exklusiv für die im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft getätigten Investitionen gelockert“.

In diesem Modell hat der Grundsatz einer demokratischen und partizipativen Stadtverwaltung keinen Platz. Es liegt nicht im Interesse des Staates und noch viel weniger im Interesse des Kapitals, dass die Auseinandersetzungen über die städtebaulichen Eingriffe und die Nutzung der städtischen Gebiete, die in den Gremien der Verwaltung diskutiert werden, das Licht der Öffentlichkeit erblicken, geschweige denn, dass diese Fragen öffentlich zur Diskussion gestellt werden. Folglich ist es kein Zufall, dass die jeweiligen zivilgesellschaftlichen Komitees, die sich im Rahmen der WM gebildet haben, Schwierigkeiten haben, Zugang zu genaueren Informationen bezüglich der geplanten städtebaulichen Eingriffe und den abgeschlossenen Öffentlich-Privaten Partnerschaften zu bekommen. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass der Großteil dieser Maßnahmen mit öffentlichen Mitteln bestritten wird – rund 60% der Investitionen, die für die städtebaulichen Maßnahmen verwendet werden, werden aus öffentlichen Geldern finanziert.

Diese Situation ist besorgniserre-



gend, denn sie hat die Reduzierung der Investitionen in die Sozialpolitik zur Folge. Die sozialpolitischen Investitionen und Maßnahmen werden mit jenen für die Förderung des Tourismus zusammengelegt. Demzufolge ist es nicht verwunderlich, dass sieben von zwölf Austragungsstädten großes touristisches Potenzial attestiert wird, wovon alleine

wortlich sind. Womit sie sich hingegen nicht beschäftigen, sind die zahlreichen Auswirkungen der Umstrukturierung, sie nähren damit die Illusion, dass der Zugang zu den Stadien während der Spiele für alle offen sein wird. Gemessen an den Preisen der Eintrittskarten werden allerdings die wenigsten von uns reelle Chancen haben, ein Spiel der Weltmeisterschaft live im Stadion mitzuerfolgen.



Foto: Direito à moradia

In Anbetracht der Art der Durchführung der städtischen Umstrukturierungen, kommen ernsthafte Zweifel daran auf, was von der WM in der Zeit nach 2014 bleiben wird. Und wenn eine Sache als so gewinnbringend für Brasilien dargestellt wird wie die WM,

vier im Nordosten Brasiliens liegen.

Die Zivilgesellschaft, die in Netzwerken und Foren organisiert ist, hat zur Aufgabe, die unzähligen Nichteinhaltungen geltenden Rechts bei den dafür zuständigen öffentlichen Organen anzuzeigen und juristische Schritte einzuleiten, um so die gesetzlich garantierten Rechte abzusichern und die zunehmende Schwächung des Rechts auf Stadt abzuwehren.

Darüber hinaus haben wir es mit konservativen Medien zu tun, die zur besten Sendezeit über den aktuellen Stand und Fortgang der Bauarbeiten in den einzelnen Bundesstaaten berichten und auf diese Weise die öffentlich-rechtlichen Sender schwächen, die eigentlich für die Berichterstattung und Begleitung der Stadtpolitik verant-

bleibt zu fragen, warum es dann zu derartigen Lockerungen des geltenden Rechts kommen muss, zu den Nötigungen in den Konflikten um Grundbesitz und zu den Verstößen gegen das Recht auf Wohnen in Würde.

Entschuldigt, liebe Optimisten, aber in Anbetracht der aufgelisteten Probleme ist das Vermächtnis der Weltmeisterschaft in etwa einem potemkinschen Dorf gleichzusetzen. Wenn wir normalen Bürger_innen tatsächlich daran glauben, dass wir etwas von dem Fest haben werden, dann werden wir bereits davon ausgeschlossen, bevor es überhaupt begonnen hat. Man braucht sich nur einmal die Regelungen der FIFA anzusehen: Die strikten Auflagen für den Verkauf von Speisen und Getränken im Umfeld der Stadien oder die verhängten Sanktio-



nen, die bei unsachgemäßer Verwendung des Logos drohen.

Sollte es einen positiven Aspekt in dieser Geschichte geben, so ist es unsere Organisationsfähigkeit und Kritik in den politischen Aktionen. Zwar sind auch wir ein Produkt unserer Zeit, wo das hegemoniale Denken unsere Städte in einen einzigen Marktplatz verwandelt, aber wir müssen die Stadt des Möglichen denken, die Stadt der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit und das Recht auf Stadt bekräftigen – für die gegenwärtigen und die zukünftigen Generationen.

Großereignisse und das Recht auf Wohnen in Würde

FÜR KoBRA VON LUIZ KOHARA, BAUINGENIEUR; CENTRO GASPAR GARCIA DE DIREITOS HUMANOS. AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON YÔKO WOLDERING.

Von den großen Medien angeheizt, reagierte die brasilianische Bevölkerung zufrieden und euphorisch auf die Nachricht, dass das Land zwei der wichtigsten Sportereignisse der Welt ausrichten wird: Die Weltmeisterschaft der FIFA 2014, die in zwölf Hauptstädten der Bundesstaaten¹ ausgetragen wird, und die Olympischen Spiele 2016 in Rio de Janeiro. Diese Events werden sowohl von Seiten der Regierung als auch von interessierten Investor_innen als außerordentliche wirtschaftliche Chance für das Land betrachtet und beworben. Die Möglichkeiten der Entwicklung beziehen sich auf städtische Infrastruktur, Schaffung neuer Arbeitsplätze, Millionenumsätze durch Tourist_innen und erhöhte Steuer-

einnahmen. Außerdem werden Anreize für die Entwicklung des Sports geschaffen und große Investor_innen mit dem Wohlstand des Landes angelockt.

All diese Möglichkeiten könnten tatsächlich interessant sein. Es zeigt sich jedoch, dass ökonomisches Wachstum in Brasilien auf die gesellschaftliche Entwicklung oft keine Auswirkung hat. Das in der jüngeren Geschichte Brasiliens praktizierte wirtschaftliche Entwicklungsmodell basiert auf Ausbeutung der Arbeitskraft und der Konzentration von Kapital, Land, Ertrag und Macht. 2011 war das Bruttoinlandsprodukt des Landes das sechsthöchste der Welt, während Brasilien gleichzeitig auf Position 84 des *Human Development Index* (HDI) stand. Dieser Widerspruch zwischen Wirtschaft und Gesellschaft führt zu den schlechtesten Werten in den Indizes für soziale Ungleichheit des Landes, in dem Millionen von Menschen in den Städten in extremer Armut leben: ohne Zugang zu angemessenem Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung, Abwassersystemen, Verkehrsmitteln, öffentlicher Sicherheit, Kultur, Freizeit und anderen Grundrechten, die in der Verfassung festgeschrieben sind. Trotz des sozialen Fortschritts der letzten Jahre, lebten laut dem brasilianischen Statistikamt *IBGE* 2011 16,3 Millionen Brasilianer_innen in extremer Armut oder Elend.

Es ist folglich notwendig, dass die brasilianische Gesellschaft, abgesehen von den öffentlichen Diskursen auch über alle Folgen, die Kosten und die beteiligten Interessen aufgeklärt ist und weiß, wer von den Verbesserungen durch die sportlichen Großereignisse profitiert.



Die zurückliegenden sportlichen Großereignisse in anderen Ländern haben gezeigt, dass hinter dem großen Spektakel, den Medaillen, den emotionalen Bildern und den Vorträgen über die Vermächtnisse das Interesse des Großkapitals steht, in kürzester Zeit möglichst viel Gewinn zu erwirtschaften. In diesen Ländern wurden mit unterschiedlicher Intensität kostspielige Bauprojekte durchgeführt, die örtliche Gesetzgebung missachtet, gewaltsame Räumungen von Siedlungen durchgeführt und viele Menschenrechtsverletzungen am schwächsten Bevölkerungsteil verübt.

Diese Maßnahmen, die in allen Gastgeberstädten von Großereignissen gleich sind, sind Teil von stadt-strategischen Plänen, die auf dem Verständnis von Stadt als Unternehmen beruhen. Das heißt: effiziente Städte für abgesicherte Gewinne aus den Investitionen der Sponsoren. Dafür dürfen die von Elend und Armut geprägten Gegenden nicht gezeigt und die sozialen Proteste müssen unterdrückt werden, denn sie beschmutzen die Verpackung des zu verkaufenden Produkts. Es sind von Unternehmerlogik geprägte Pläne, die sich auf die Bedürfnisse der Gastgeberländer, der Städte und der Bürger_innen legen. Die Vertreibung der Armen oder die „Säuberung“ der Gebiete, die während der Ereignisse besonders ins Sichtfeld rücken, ist notwendig, um die Stadt als Postkartenmotiv präsentieren zu können.

Die Anklagen von Menschenrechtsorganisationen und der Presse dokumentieren diese Logik in den Austragungsstädten der letzten Großereignisse: In Peking wurden

tausende Familien gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben, in Kapstadt wurden Slumbewohner_innen in unzumutbare Behausungen verlegt, in Atlanta wurden die Afro-Amerikaner_innen vertrieben und die Wohnungslosen angezeigt und in Sydney wurden die Aborigines aus den Gegenden in der Nähe der Olympischen Spiele vertrieben.

Die Stadt Rio de Janeiro, die die Weltjugendtage der katholischen Kirche (2013), die Fußball-Männer-Weltmeisterschaft (2014) und die Olympischen Spiele (2016) empfangen wird, hat schon andere Großveranstaltungen wie die Pan-amerikanischen Spiele (2007) und die UN-Klimakonferenz Rio+20 (2012) ausgetragen. Bei allen diesen Veranstaltungen haben die Behörden verschiedenste Maßnahmen mit den Titeln „Säuberung“, „Null-Toleranz“ oder „Ordnungsschlag“ durchgeführt, um die Bevölkerung von der Straße zu vertreiben und zu unterdrücken. Außerdem kam es zu Räumungen von Siedlungen in der Nähe von sichtbaren und aufgewerteten Gegenden. Diese Praxis hält sich auch als Teil der Vorbereitungen der nächsten Großereignisse.

In Brasilien stehen die meisten Fälle von Umweltzerstörung, gewaltsamen Räumungen, Ausbeutung von Arbeitskraft, Prekarisierung von Arbeit und anderen Rechtsverstößen mit dem Baugewerbe und den darin verstrickten Privatunternehmen, öffentlichen Verwaltungen und Politiker_innen in Verbindung. Die Streiks der Bauarbeiter_innen 2011, die die Stadien² bauen, waren motiviert von mangelnden Grundbedingungen: fehlende Sicherheit, gesundheitsschädigende Unterkünfte, verdorbene Lebens-



mittel, niedrige Löhne, lange Arbeitstage, Nichtbezahlung von Überstunden und anderen im Arbeitsrecht festgelegten Begünstigungen. Die Baumaßnahmen, die letztlich vor allem den Profiten der Unternehmen dienen, werden dabei



Foto: catcomm.org

behandelt, als wären sie von dringlichem öffentlichen Interesse.

Abgesehen von der Werbung, dass die WM 2014 ein Ereignis von Privatinitiativen sei, zeigt eine Studie des Bundesrechnungshofes (TCU) vom Januar 2011, dass die WM 2014 23 Milliarden Reais kosten wird. Diese Summe ist vorgesehen für den Bau und die Renovierung der Stadien, die Ausweitung der Flughäfen und die städtische Mobilität, d.h. dass 98,56% aus öffentlichen Geldern finanziert werden. Die Prognose bezieht Steuerbefreiungen, Abgaben, Ausgaben für Sicherheit und die Kosten der Räumungen von Familien, die von den Bundesstaaten und Kommunen durchgeführt werden, nicht mit ein. Die angenommenen Kosten werden also in dem Moment, wo die Baumaßnahmen beginnen, weit überschritten, so wie es in den anderen Gastgeberländern der Fall war. Ein

Beispiel dafür sind die 2002 zunächst auf 409 Millionen Reais geschätzten Kosten für die Pan-amerikanischen Spiele, die laut einer Analyse des Bundesrechnungshofes bei Beginn der Baumaßnahmen 2007 in Rio de Janeiro um das Zehnfache höher waren. Die brasilianische Regierung wird fast die gesamten Ausgaben für die Realisierung der Weltmeisterschaft der FIFA aus öffentlichen Geldern finanzieren, während die FIFA als Privatunternehmen mit dem Verkauf der Eintrittskarten, der Produkte und Marken, der Fernseh-

übertragungsrechte und anderen Einnahmen Riesengewinne erzielt. Laut FIFA lagen die Gewinne der Fußball-Männer-Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika bei 1,2 Milliarden Reais.³

Ein Wohnen in Würde ist für Millionen von Menschen, die noch immer in ungeeigneten Unterkünften leben, nicht realisiert, obwohl dies als grundlegend für die menschliche Entwicklung betrachtet wird. In Artikel 6 der brasilianischen Verfassung ist das Recht auf Wohnen in Würde als soziales Recht festgeschrieben und Brasilien hat internationale Vereinbarungen unterzeichnet, die dieses Recht anerkennen. Das Städtebauministerium hat 2007 berechnet, dass 6.275.000 neue Behausungen gebaut werden und 15 Millionen der bestehenden saniert werden müssten. Die Zahlen des Statistikamtes IBGE von 2010 zeigen, dass zwi-



schen 2000 und 2010 die Bevölkerung in den Favelas um 75% gewachsen ist, während die brasilianische Bevölkerung um 12,3 % gewachsen ist. Laut der Stadtverwaltung São Paulos lag die Zahl der Wohnungslosen 2002 bei 8.706 Menschen, 2011 wurde sie auf 14.478 geschätzt. Die Zunahme an Favelabewohner_innen und Menschen, die auf der Straße leben, zeigt, dass sich das Problem des Zugangs zu Wohnen in Würde in Brasilien trotz des insgesamt steigenden Einkommens verschärft hat.

Ein würdevoller Wohnort ist weit mehr als ein guter Unterschlupf. Er muss baulich und sozial sicher sein, eine adäquate Infrastruktur wie Wasser, Strom, Abwassersystem und Müllabfuhr besitzen und in guter Erreichbarkeit zu öffentlichen Dienstleistungen sowie anderen Möglichkeiten der freien Entfaltung liegen. Deshalb schaden die gewaltsamen Räumungen, auch wenn Ersatz in anderen, weiter entfernten Regionen angeboten wird, den Familien, die in der Regel eine soziale Infrastruktur in ihrem Viertel aufgebaut haben.

Die Stadtverwaltungen der Austragungsorte haben keine Karten oder detaillierten Pläne bezüglich der durchgeführten Maßnahmen veröffentlicht. Dies verhindert die Bewertung durch die betroffenen Familien und die notwendige Mobilisierung. Die Communities erfahren von Räumungen oft nur verschleiert durch die Presse und viele Familien sind verunsichert. Viele Maßnahmen werden vor allem in aufgewerteten Gebieten durchgeführt, die nicht zwingend mit den Notwendigkeiten der Weltmeisterschaft zu tun haben. Der Moment für die Räu-

mung prekärer Siedlungen ist günstig für die mit dem Bauwesen verstrickten, von politischen Interessen geprägten Stadtverwaltungen. Es gibt Anzeichen, dass in allen Gastgeberstädten Räumungen ohne angemessene Behandlung durchgeführt werden und Mittel, die für die Stadtentwicklung vorgesehen waren nun für Investitionen im Sinne der WM ausgegeben werden. Zudem werden Familien vertrieben, die es sich nicht leisten können, in den aufgewerteten Gebieten wohnen zu bleiben.

Jedes Jahr leiden viele Familien in São Paulo in der Regenzeit unter den Überschwemmungen, die ihre Häuser und ihren Besitz zerstören. Trotzdem hat die Gemeinde das Gesetz PL/288/11 eingeführt, das die Förderung von 420 Millionen Reais für den Sportverein Corinthians beschließt, damit dieser in den Bau des neuen Stadions Itaquairão investieren kann. In Itaquairão soll das Eröffnungsspiel der WM 2014 stattfinden. Laut Daten des Haushaltsvollzuges⁴ von Oktober 2011, wurden nur 8,3% bzw. 57,1 Millionen Reais von insgesamt 683 Millionen vorgesehenen Reais für den Kampf gegen die Überschwemmungen in der Stadt ausgegeben.

In der Stadt Rio de Janeiro wird der Bau der Verbindungsstraße *Transoeste* die Communities Vila Harmonia, Restinga und Vila Recreio II betreffen; die *Transcarioca*, die den Flughafen Tom Jobim mit der Region Tijuca verbinden soll, wo sich die Ausrüstung für die Olympischen Spiele befinden wird, wird viele Communities betreffen und der Bau von Parkplätzen in der Nähe des Stadions Maracanã wird viele Familien der Region *Metró Magueira*



vertreiben. Die hier aufgezeigten Beispiele für die Willkür und die Verletzungen der Rechte, die in São Paulo und Rio de Janeiro passieren sind genauso anwendbar auf die anderen Gastgeberstädte in Brasilien.

In diesem Prozess der Umsetzung der Großereignisse mit so vielen sozialen Problemen, die gelöst werden müssen, können die Brasiliener_innen nicht nur euphorisch jubeln, sondern haben die Pflicht und das Recht einzugreifen, damit die öffentlichen Mittel in einer angemessenen Form eingesetzt werden. Es ist grundlegend, dass die erreichte Demokratie und die nationale Souveränität respektiert werden und die Stadtpolitiken sich am öffentlichen Interesse ausrichten. Es sind konkrete Maßnahmen nötig, die überprüfen, anprangern und verhindern, dass wieder einmal die Vorteile einer Minderheit die städtische Segregation, den sozialen Ausschluss und Rechtsverletzungen mit sich bringen. Nach Vorbild der erreichten politischen, ökonomischen, sozialen und umwelttechnischen Fortschritte in Brasilien, muss der Umsetzung der Großereignisse mit Mobilisierung und sozialem Kampf entgegengetreten werden und das Recht auf Stadt gemeinsam von öffentlichen Sektoren, betroffenen Gemeinden und sozialen Organisationen eingefordert werden.

Zu hoffen bleibt, dass die Großereignisse allen zu Gute kommen und die Erweiterung der städtischen Infrastruktur das Recht auf Wohnen in Würde aller berücksichtigt.

1 Porto Alegre, Curitiba, São Paulo, Rio de Janeiro, Belo Horizonte, Brasília, Cuiabá, Salvador, Natal, Recife, Fortaleza und Manaus
 2 Maracanã – RJ; Mineirão – MG; Mané Gar-

rincha – DF; Arena do Pantanal – MT; Castelhão – CE; Arena Pernambuco – PE
 3 Jornal O Estado de S. Paulo, 03.11.2011
 4 Jornal O Estado de S. Paulo, 13.10.2011 (Felipe Frazão e Rodrigo Burgarelli)

Der Zugang zu Daten begünstigt das Recht auf Stadt

THIAGO CARRAPATOSO, IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN BEWEGUNGEN BAIXOCENTRO, TRANSPARÊNCIA HACKER UND RECENTRO. FÜR KoBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON ALMUTE HEIDER. AUS: WWW.CANALIBASE.ORG.BR/INFORMACAO-EMORADIA-NA-REDE/

São Paulo ist eine vertikale Stadt mit horizontalen Dimensionen. Laut UNO ist sie bevölkerungsmäßig die drittgrößte Stadt weltweit nach Tokio und Delhi. Obwohl es eine große Stadt ist, können nicht alle Einwohner_innen vom Leben in der Stadt profitieren.

Vor etwa 30 Jahren hatte die Stadtverwaltung die Idee, Grundstücke zu kaufen und billigen Wohnraum fern der urbanen Zentren zu bauen. Die ärmeren Bevölkerungsschichten wurden also weit weg geschickt von ihren Arbeitsstellen und den Einkaufsmöglichkeiten, an Orte, wo es weder eine Basisinfrastruktur noch irgendwelche Freizeitmöglichkeiten gab. Um jedwede Art von Aktivität durchzuführen, die etwas komplexer war (und über die sehr prekären Dienstleistungseinrichtungen jener Viertel hinausging), waren die Bewohner_innen dieser peripheren Wohnviertel gezwungen, die ganze Stadt zu durchqueren und dafür 1,5 bis 2 Stunden, zur nachmittäglichen Rushhour auch leicht 3 Stunden in Verkehrsmitteln aufzuwenden. Das hat die Lebensqualität



verschlechtert und ganze Gesellschaftsschichten ausgegrenzt.

Heute gibt es, allein wegen der Größe der Stadt, keinen Raum mehr für diese Art von sozialem Wohnungsbau. Es gibt keine Peripherie mehr, um die ärmeren Klassen dort anzusiedeln. Die Alternative ist, die verlassenen Hochhäuser im Zentrum von São Paulo zu nutzen.

Die Aufgabe der zentralen Region seitens einiger Verwaltungseinheiten der Stadtregierung bewirkte, dass die Elite oder die obere Mittelschicht ebenfalls aus dem Herzen der Stadt weggezogen ist in eher im Südwesten gelegene Viertel. Das Zentrum wurde leer, es gab komplette Hochhäuser ohne Nutzung, die ihre soziale Funktion des Wohnens nicht erfüllten. In einigen Fällen schuldeten die Gebäude (bzw. deren Besitzer_innen) der öffentlichen Hand ca. 10 Mio. R\$ an Gebäudesteuern (*Imposto sobre a propriedade predial e territorial urbana, IPTU*).

Diese Lücke nutzen die Bewohnervereinigungen nun, um das Wohnrecht an Leute zu geben, die auf der Straße leben oder sehr arm sind. Wenn in Brasilien eine Wohnung ihre soziale Funktion nicht erfüllt (also nicht als Wohnraum genutzt wird), kann man laut Gesetz diesen Raum besetzen, damit er innerhalb des Systems einer Stadt Sinn macht.

Nun hat sogar die Stadtverwaltung gemerkt, dass es leichter und billiger ist, die unbewohnten Gebäude zu enteignen und sie als sozialen Wohnraum freizugeben, als Wohnviertel am Stadtrand zu bauen (die Kosten für die Installierung von Infrastruktur, Transport und Freizeit-

möglichkeiten an abgelegenen Orten sind sehr hoch). Dafür hat sie einen Plan geschaffen, der „RenovaCentro“ (etwa: Erneuerung des Zentrums; d. Übers.in) heißt, und in dessen Rahmen ca. 200 verlassene Gebäude in zentralen Stadtbereich kartiert wurden, die enteignet und als sozialer Wohnraum genutzt werden könnten.

Nach offiziellen Angaben hat die Stadt die Renovierung und Umstrukturierung von 53 Gebäuden bereits konkret geplant. Wo sich diese Gebäude allerdings befinden, ist nicht klar. Eine offizielle Darstellung der Stadtverwaltung zeigt den genauen Standort von lediglich vier Gebäuden und eine Karte mit der ungefähren Lage aller 200 oben genannten. Aber die Vertreter_innen der Regierung wollen Informationen zum Standort nicht preisgeben, da sie fürchten, dass die Bewohnervereinigungen die Gebäude besetzen, bevor ein offizieller Nutzungsplan für sie entworfen ist.

Das Problem ist nur, dass selbst Beamte der Stadtverwaltung wissen, dass die Enteignung dieser Gebäude Jahre dauern wird, vielleicht sogar Jahrzehnte, und dass wohl nicht einmal die ursprünglich geplanten 53 Gebäude in absehbarer Zeit hergerichtet werden können. Die Bewohnervereinigungen hatten bereits die Idee, die Daten der Wasser- und Elektrizitätswerke auszuwerten, um den genauen Standort zu lokalisieren, denn wenn das Gebäude aufgegeben ist, wird dort sicher weder eine Wasser- noch eine Stromrechnung bezahlt werden.

Man ist sich nicht sicher, ob man das „Gesetz des Zugangs zu Information“ bemühen kann, um Daten



der Kundinnen und Kunden dieser Unternehmen freizugeben, oder ob die Stadtverwaltung das Recht hat, die Veröffentlichung dieser Orte zu verhindern.

Eine Initiative aus dem Ausland versucht, dieses Problem zu vermeiden, indem sie den Bürger_innen selbst die Verantwortung übergibt, diese Gebäude zu kartieren. „(Im)Possible Living“ will, dass die Gemeinden die verlassenen Gebäude kartiert und auf ihrer Homepage veröffentlicht, sodass weltweit Informationen über Gebiete zusammengetragen werden, die ihre soziale Funktion nicht erfüllen und als sozialer Wohnraum genutzt werden können.

Wenn die Stadtverwaltungen mehr Daten freigäben, wäre nicht nur eine Kartierung möglich, sondern auch das Engagement der Gemeinden für eine Wiederbelebung des öffentlichen Raums. Eine andere ausländische Initiative, „596 Acres“, identifiziert Brachflächen, die der Regierung gehören und lädt die Bevölkerung ein, diese für sich zu „besetzen“, entweder durch gemeinsames Anlegen von Gärten oder durch die Einrichtung eines öffentlichen Platzes.

Die Veröffentlichung der verlassenen oder freien Räume dient dazu, dass wir der Stadt wieder mehr Bedeutung beimessen und den Urbanismus in den Metropolen überdenken. Es fehlt nur die Erlaubnis der Stadtverwaltungen zu einer wahrhaftigen Partizipation der Zivilgesellschaft.

Die Straßenhändler_innen in den Sonderzonen der FIFA

ANDREA DIP. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON ANDREA ZELHUBER. AUS: [HTTP://APUBLICA.ORG/2012/04/COPA-NAO-E-PARA-POBRE-OS-AMBULANTES-ZONAS-DE-EXCLUSAO-DA-FIFA](http://apublica.org/2012/04/COPA-NAO-E-PARA-POBRE-OS-AMBULANTES-ZONAS-DE-EXCLUSAO-DA-FIFA). DER ZWEITE TEIL DES TEXTES FINDET SICH AUF KOOPERATION-BRASILIIEN.ORG.

Eine neue Analyse der Situation der Straßenhändler_innen in Brasilien zeigt, dass diese schon jetzt von den Vorbereitungen für die WM betroffen sind und liefert Informationen über die Sonderzonen der FIFA.

Während der Olympischen Spiele von 1988 in Seoul wurden die Straßenhändler_innen von den Hauptstraßen verdrängt und hinter Mauern und in Gassen versteckt, als Teil der Säuberungsprozesse der Stadt. Bei den Olympischen Spiele von 1992 in Barcelona wurde der Straßenhandel völlig verboten.¹ In Südafrika verboten die Richtlinien der FIFA den informellen Handel in der Nähe öffentlicher Gebäude, Kirchen, Bankautomaten und in den offiziellen Sonderzonen der FIFA – oder, wie diese sie bezeichnet, „Bereiche mit Handelsrestriktionen“. Diese beschränken sich nicht nur auf die Umgebung der Stadien, sondern umfassen unter anderem auch offizielle Veranstaltungsorte der FIFA (wie Fanmeilen, große Fan-Festplätze, die meist in den Stadtzentren oder an Stränden errichtet werden), Akkreditierungsbereiche, offizielle Trainingsstätten sowie Hotels, in denen die internationalen Delegationen und die Vertreter_innen der FIFA untergebracht sind. In Südafrika war jeglicher nicht-autorisierter Handel im Umkreis von 100 Metern dieser



Orte (2 Kilometer um Stadien) verboten. Außerdem war die Verwendung einer langen Liste von Begriffen ausdrücklich verboten, die einen Bezug zu WM, FIFA und Fußball haben, wie der Dokumentarfilm *Trade Mark 2010* des Journalisten Rudi Boon zeigt.

In Brasilien sind Straßenhändler_innen Teil der Kultur. Man kann sich São Paulo nicht ohne die Straße *25 de Março* vorstellen oder Salvador ohne die unzähligen Stände, an denen Armbänder, Acarajé oder Importprodukte verkauft werden. Jede Stadt hat ihren typischen Markt, ihre berühmte Anhäufung von Buden. Es gibt sogar ein Lied von João Bosco „Kam der Straßenhändler, der Ringe verkaufte/ Seile und billiges Parfüm/ die Baiana wird Teigtaschen verkaufen/ und Grillspieße“. Aber der informelle Handel ist nicht Teil der Pläne des Landes für das Megaevent.

Das Rahmengesetz zur WM *Lei Geral da Copa*, dem am 28. März in der Abgeordnetenkammer zugestimmt wurde und das auf Verabschiedung im Bundessenat wartet, legt im Artikel 11 fest:

Der Bund arbeitet mit den Bundesstaaten, dem Distrito Federal, den Gastgeberstädten und den weiteren zuständigen Behörden zusammen, um der FIFA und von ihr beauftragten Personen die Genehmigung zu garantieren, ihre Marken exklusiv zu verbreiten, zu verkaufen und zu bewerben oder Werbung für Produkte und Dienstleistungen zu machen, sowie andere Werbekaktivitäten oder Straßenhandel an den Wettkampforten, in deren Umgebung sowie den Zufahrtsstraßen durchzuführen.

Der Artikel legt weiterhin fest, dass

„die Grenzen der Exklusivzonen bezüglich der offiziellen Wettkampforte rechtzeitig von den zuständigen Behörden festgelegt werden, wobei die Anforderungen der FIFA und der von ihr beauftragten Personen berücksichtigt werden. Die Bestimmungen dieses Gesetzte müssen beachtet und der maximale Umkreis von zwei Kilometern um die genannten offiziellen Wettbewerbsorte eingehalten werden.“ Das bedeutet, dass die FIFA diese Gebiete direkt mit den Gemeinden aushandelt. *A Pública* kontaktierte die Stadtverwaltungen der zwölf WM-Austragungsorte, aber in keiner Stadt gibt es bislang Aushandlungen. Die Pressesprecherin der FIFA bestätigte, dass die Zonen der Handelsrestriktionen sich ausdehnen auf Hotels, Medienzentren und was sonst noch als Sicherheitszonen verstanden wird. Allerdings garantiert sie, dass der reguläre Handel innerhalb dieser Gebiete „mit den Marken mit denen bereits gearbeitet wird, weiterlaufen kann, wenn nicht auf das Event und seine Zuschauer abgezielt würde“. Dies dürfte jedoch sehr schwierig zu beweisen sein. Sie erklärt weiterhin, dass sie den Gesetzesentwurf nicht kommentieren werde, weil es sich um einen laufenden Prozess handle.

Für Erick Omena, Wissenschaftler am *Observatório das Metrôpoles* fehlt es dem Gesetz und dem ganzen Prozess in Bezug auf die WM an Klarheit. Er glaubt, dass das „Paket“ an Entscheidungen, die an die Municipien delegiert werden ein Blankoscheck sei, denn es transferriere Macht an die Gemeindeverwaltungen: „Sie gewinnen Verhandlungsmacht mit der FIFA und mit dem Gewerbe. Eine einfache



Entscheidung wie diese hat zahlreiche Folgen. Die Gemeindepolitik ist stark klientelistisch strukturiert und Entscheidungsprozesse werden mit diesem Problem zu kämpfen haben.“ Erick identifiziert zwei Probleme in den Sonderzonen:

Das erste ist die nationale Souveränität über das Territorium. Die territoriale Kontrolle wird an private Akteure übergeben. Die FIFA und ihre Partnerfirmen werden Macht über Teile des brasilianischen Territoriums übernehmen, es werden sogar Spezialtribunale ins Leben gerufen, die über eine Ausnahme-Gesetzgebung erst geschaffene Straftaten entscheiden. Das zweite ist die Ausgrenzung von Händlern_innen, die nichts mit Bezug zur WM verkaufen dürfen. Ganz zu schweigen von der Situation der Straßenhändler_innen. Seit Jahrzehnten gibt es eine Kultur der Repression gegen diese, die sicherlich während der WM akuter wird.

Der Zusammenschluss von Organisationen informeller Händler_innen aus verschiedenen Ländern, StreetNet Internacional, der 2002 in Südafrika gegründet wurde, hat eine vorläufige Studie in den zwölf Austragungsorten der WM 2014 durchgeführt, um die potentiellen Auswirkungen auf die Straßenhändler_innen zu bewerten. Neben Datenerhebungen wurden zahlreiche Interviews mit Vertreter_innen der informellen Händler_innen, der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen und der Nichtregierungsorganisationen geführt, die in „WM für Alle – die Situation der Straßenhändler_innen in den Austragungsorten der WM 2014“ veröffentlicht wurden.

Das Ziel von Streetnet ist es, zur Mobilisierung und Organisation der

informellen Händler_innen beizutragen und städtische Netzwerke und Verhandlungsforen in den Austragungsorten der WM 2014 aufzubauen. Die Studie bietet einen Überblick über die aktuelle Situation der Straßenhändler_innen in Brasilien. Sie zeigt, wer sie sind, was sie wollen und wie sie von dem Megaevent 2014 betroffen sein werden. Während viele noch nicht einmal von den Sonderzonen wissen, haben sich andere schon vernetzt und sind bereits bei einem Vernetzungstreffen zusammengekommen, zu dem StreetNet Ende letzten Jahres eingeladen hat. Aus diesem Treffen ging eine Protestnote hervor. Ihr Titel lautet: „Eine andere WM ist möglich: die Rechte der informellen Händler_innen müssen respektiert werden“. Eine Vertreterin aus Rio de Janeiro sagte: „Die WM ist nicht für die Armen, denn die Bevölkerung wird nichts an dem Event verdienen und die Straßenhändler_innen werden sicherlich sehr darunter leiden, wie es bereits bei den Panamerikanischen Spielen der Fall war.“ Der Bericht von Streetnet betont, dass „in den untersuchten Städten von den Stadtverwaltungen seit Anfang 2011 einseitig die Bewilligungen für Straßenhändler_innen aufgehoben wurden, vor allem innerhalb der Gebiete, die wahrscheinlich der FIFA während der WM zur Verfügung gestellt werden.“

Er zeigt auch, dass es Fehler und Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den städtischen Bestimmungen und den föderalen Gesetzen gibt, die Lizenzen für informelle Arbeiter_innen ausstellen. In den meisten Städten besteht die von der öffentlichen Verwaltung entwickelte Lösung darin, die Händler_innen in spezielle Markthallen



zu verlagern, die weit vom Zentrum entfernt sind, weit außer Sichtweite des Publikums. Zu den Vorbereitungen für die WM in den Städten heißt es in dem Bericht: „Die Städte, in denen die Spiele der WM ausgetragen werden, durchlaufen einen Prozess der Gentrifizierung. Diese Entwicklung steht in Zusammenhang mit der Schaffung keimfreier Städte, als Anpassung der Städte an die Megaevents und ihrer Gestaltung als globale Städte“. Der Bericht zeigt auf, dass das Informationsdefizit in Hinblick auf das Megaevent so groß ist, dass viele den WM-Spielen in der Stadt mit Optimismus entgegensehen und von den Sonderzonen nicht einmal gehört haben.

Laut Nora Wintour, der Koordinatorin der Kampagne von StreetNet, die die WM in Südafrika begleitet hat, ist Desinformation ein Merkmal der FIFA-Veranstaltungen: „Ich schätze, dass mindestens 100.000 Straßenverkäufer_innen von den Sonderzonen und Fanmeilen betroffen waren. Doch erst Mitte 2009 (folglich weniger als ein Jahr vor Beginn der WM in Südafrika) erfuhren die Straßenhändler_innen, was passieren würde. Deshalb gab es keine große Mobilisierung.“ Sie erzählt, dass die FIFA aufgrund der Informationskampagnen – inklusive der von StreetNet – und aus Angst vor schlechter Publicity, versprochen hatte, Straßenhändler_innen für spezielle offizielle Veranstaltungen zuzulassen: „Das ist niemals passiert“.

1 Patrick O’Callaghan: Implications for Street Traders of the 2010 Soccer World Cup in South African Host Cities

Die Stadt im Ausnahmezustand

AUS: DOSSIÊ DE ARTICULAÇÃO NACIONAL DOS COMITÊS POPULARES DA COPA (SUMÁRIO), 06/2012, S. 5 – 7. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH ÜBERSETZT VON JÜRGEN STAHN.

Der moderne Totalitarismus kann in diesem Sinn als Veranstaltung eines „legalen Bürgerkrieges“ mittels der Verordnung des Ausnahmezustandes beschrieben werden, welcher die physische Eliminierung nicht nur des politischen Gegners erlaubt, sondern auch jener Gruppen der Bevölkerung, die, aus welchen Gründen auch immer, offenbar nicht in das herrschende politische System zu integrieren sind. (Giorgio Agamben 2004: Ausnahmezustand. São Paulo: Boitempo, Seite 13)

Das unter dem Namen „Olympischer Akt“ bekannte Gesetz Nr. 12.035/2009 ist das erste in einer langen Liste gesetzlicher und verbindlicher Maßnahmen, welche die Grundlagen für eine Situation schaffen, die nur als Verstoß gegen den bestehenden Rechtsstaat verstanden werden kann.

Dieses Gesetz sichert unter anderem Ausnahmebedingungen und Privilegien bei der Vergabe von Einreisegenehmigungen, bei der Ausübung bestimmter gewerbsmäßiger Tätigkeiten seitens eines durch das Internationale Olympische Komitee IOC zugelassenen Personenkreises und von Unternehmen, die das IOC sponsern, sowie die Überlassung öffentlichen Vermögens in der Form von Grund und Boden, Schutz von Marken und Logos und Symbolen, die mit den Olympischen Spielen zu tun haben. Im Übrigen wird die Vergabe von



Exklusivrechten zur Nutzung und zum Verkauf von Werbeflächen sowie von Dienstleistungen geregelt, davon zahlreiche ohne jegliche Kosten für das Organisationskomitee.

Darüber hinaus berechtigt das Gesetz nach Logik einer kapitalistischen Marktordnung, aus welcher jegliches Risiko ausgeschlossen wurde, „die Vergabe von Mitteln zur Deckung laufender Defizite des Organisationskomitees der Olympischen Spiele 2016“.

Von hier an folgt auf nationaler, bundesstaatlicher und kommunaler Ebene eine endlose Liste von Gesetzen und Verordnungen, Ausnahmeregelungen, Dekreten, Beschlüssen, Verfügungen und Verwaltungserlassen verschiedenster Art, die letzten Endes zur Schaffung der „Ausnahmestadt“ beitragen. Jegliche Art von finanziellen und steuerlichen Ausnahmeregelungen werden sowohl den für die Planung der Spiele zuständigen Organisationen gewährt als auch einer Unzahl von „gleicheren Bürgern“, die keine Steuern, keine Grundstücksabgaben und keinen Zoll bezahlen. Masterpläne und andere öffentliche Dokumente, Ergebnisse langer und reichhaltiger gesellschaftlicher Diskussionsprozesse, werden in Schwindel erregendem Tempo zur Makulatur angesichts der Gier von Bauunternehmen, Immobilienspekulanten, Investitionen von Hotel- und Tourismusunternehmen und – aus naheliegenden Gründen – von Sponsoren der Großereignisse.

Gleichzeitig werden Grundstücke der öffentlichen Hand in bester Lage fast mit Handkuss großen Unternehmen überlassen, während das Bundesgesetz 11.124/2005 unmissverständlich festlegt, dass „Grundstücke im öffentlichen Besitz

in erster Linie zur Errichtung von Wohnprojekten in öffentlichem Interesse“ Verwendung finden sollen.

In offenem Widerspruch zur bestehenden Gesetzgebung werden Schenkungen, Konzessionen und städtebauliche Arbeiten genehmigt, die nichts mit gemeinnützigen Interessen und Anliegen oder mit sozialen Prioritäten zu tun haben.

In der Stadt Rio de Janeiro fordert das Kommunale Dekret 30.379/2009, dass die Stadtverwaltung alles in ihren Kräften Stehende unternehmen muss, um die Nutzung von Gütern im Eigentum der Stadt zu ermöglichen, selbst wenn sie (gegenwärtig; d. Übers.) von Dritten genutzt werden, soweit dies für die Durchführung der Olympischen Spiele in Rio im Jahr 2016 erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund sieht man, wie die öffentliche Hand tätig wird, um Grundstücke von ihren Bewohner_innen und deren Häusern zu „säubern“, um die freigebliebenen Flächen Grundstücksspekulanten zu übergeben



Foto: Luke Schray

und damit die Großereignisse zu ermöglichen.

In einem traurigen Rückgriff auf die grauen Zeiten der Militärdiktatur baut der Staat einen Sicherheitsapparat auf, z.B. in Gestalt der „Speziellen Sicherheitsbehörde für Großereignisse“ (Dekret Nr. 7.536/2011). Um das Szenario des Ausnahmezustandes zu vervollständigen, wurden in das „Allgemeine Rahmengesetz für die Fußballweltmeisterschaft“ eine neue Kategorisierung von Straftatbeständen und spezielle Gerichte eingebaut.

Für eine Gesellschaft und ein Land, das vor weniger als 30 Jahren noch unter den Bedingungen einer Diktatur zu leben hatte, bedeutet die systematische Verletzung unseres Rechtssystems und die Schaffung der „Ausnahmestadt“ ein unannehmbares Vermächtnis.

Garantien der Regierung für eine „private Weltmeisterschaft“

Das Jahr 2007 ist ein wichtiger Meilenstein in dieser Entwicklung. Der damalige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva unterzeichnete in Anwesenheit von elf Ministern seines Kabinetts und des Chefanwaltes des brasilianischen Staates die Urkunde für die Garantien der Regierung Brasiliens. Dabei handelt es sich um einen zivilrechtlichen Vertrag zur Gewährleistung der ausgehandelten Bedingungen mit dem Weltfußballverband FIFA. Mit diesem verpflichtet sich der brasilianische Staat, den Auflagen des Verbandes bedingungslos Folge zu leisten, ein Akt äußerst bedenklicher politischer Unterwerfung. Diese „Gewährleistungen“ setzen in der Praxis die Forderungen von beteiligten Unternehmen, Konsortien und Finanzierungsgremien nach mehr Rechts-

sicherheit für ihre Geschäfte und Investitionen um. Im Rahmen einer detaillierten Untersuchung könnten sich die eingegangenen Verpflichtungen als ungültig herausstellen, da sie nie der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben wurden und zudem die Vorgaben von Artikel 49 Abschnitt 1 der Verfassung Brasiliens außer Acht lassen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass alle Austragungsorte der olympischen Spiele durch die Unterzeichnung des „Host-City-Agreements“ ähnliche Verpflichtungen eingegangen sind.

Die bedeutsamste konkrete Folge dieser Entwicklung war auf nationaler Ebene die Ratifizierung des Fußballrahmengesetzes *Lei Geral da Copa* im Mai 2012. Während der neunmonatigen Behandlung des Gesetzesprojektes im brasilianischen Parlament wurde seine ursprüngliche Fassung immer wieder verändert, dies hauptsächlich aufgrund der Mobilisierung und politischen Einflussnahme der brasilianischen Zivilgesellschaft, welche die Abschnitte über die Anpassung und Aufhebung sozialer und grundsätzlicher Rechte wegen deren Verfassungswidrigkeit zurückwies, die in Wirklichkeit einen beachtlichen politischen Rückschritt bedeuten. Nur in wenigen Bereichen hat die Präsidentin – nicht immer zum Besten – von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht: Sie hat sich für die Ausgabe vergünstigter Eintrittskarten an Geringverdiener_innen ausgesprochen und verhindert, dass von Kommunen und Bundesstaaten gewährte Vergünstigungen dieser Art außer Kraft gesetzt werden, die Verschärfung der Einreisebestimmungen (Visa) abgelehnt und die Arbeit von FIFA-Freiwilligen





Die Abgeordneten schworen, die Verfassung zu verteidigen...aber sie haben ihr Versprechen gebrochen!



Forderungen der FIFA, die sich im Allgemeinen Gesetz wiederfinden

verletzen

die Verfassung Brasiliens

50%ige Ermäßigung der Eintrittspreise für Senioren und Studenten wird tatsächlich nur in der untersten Preiskategorie gewährt. Erlaubnis des Verkaufs von Pauschalangeboten (Eintrittskarte in Verbindung mit einer Pauschalreise). Die FIFA ist nicht verpflichtet,

✗ Rechte der Verbraucher_innen (Art. 5, XXXII und Art. 170, V)

Einrichtung von sogenannten Ausschlusszonen mit Einschränkungen für StraßenhändlerInnen und FußgängerInnen im Umkreis von 2000 Metern um die Austragungsstätten der Spiele und Trainingsplätze, Fan-Meilen und andere Bereiche (Kap. 2, Abschnitt 2)

✗ Recht auf Arbeit (Art. 5, XIII und Art. 6)
Recht auf Bewegungsfreiheit (Art. 5, XV)

Privatisierung und Ausschließlichkeit der kommerziellen Nutzung von Symbolen, Abzeichen und Maskottchen der Brasilianischen Auswahl, ohne jegliche soziale Kontrolle oder durch das „Nationale Institut für Industrielles Eigentum (Kap. 2, Abschnitt 1)

✗ Schutz des kulturellen Erbes Brasiliens (Art. 216)

Verbot von Unterricht in staatlichen und privaten Schulen während der Weltmeisterschaft 2014 (Art. 64)

✗ Recht auf Erziehung und Ausbildung (Art. 205)

Definition von speziellen Straftatbeständen (Kap. 8) und zivilrechtlichen Strafen (Kap. 2, Abschnitt IV) zugunsten von Vermarktung, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit

✗ Freiheit des Ausdrucks (Art. 5, IX) und der Betätigung (Art. 170)

Beschränkungen im Bereich der Aufnahme und Wiedergabe von Bild und Ton (Kap. 2, Abschnitt 3)

✗ Presse- und Informationsfreiheit (Art. 220, Abs. 1)

Verantwortungs- und Risikoübernahme durch den Staat für jedwede Schäden und Beschädigungen bei Verletzung der Sicherheitsbestimmungen mit Schadensersatzansprüchen der FIFA (Kap. 4)

✗ Schutz öffentlichen Eigentums (Art. 23, I)

Das Allgemeine Gesetz für die Fussballweltmeisterschaft 2014 ist verfassungswidrig!

während der Spiele zugelassen. Dennoch gab es keine Gelegenheit für eine öffentliche Diskussion über die kritischen Teile des Gesetzestextes oder eine formelle Beteiligung der durch die neuen Bestimmungen betroffenen Gruppen der Bevölkerung. Es entstand ein Schriftstück, das vor Widersprüchen und Verfassungswidrigkeiten wimmelt, die in sieben Hauptthemen zusammengefasst werden können (siehe Grafik).

Das so genannte „Allgemeine Gesetz zur Fußballweltmeisterschaft ist so „allgemein“ allerdings nicht. Erstens ist sein Inhalt weit davon entfernt, öffentliche Interessen zu schützen, zweitens beruht es auf wirtschaftlichen und kommerziellen Verpflichtungen. Das bedeutet, dass die privaten Interessen sehr genau festgelegt werden. Drittens ist es nicht das erste und wohl auch nicht das letzte Gesetz, das in dieser Angelegenheit verabschiedet wurde. Daneben bestehen ungezählte Ausnahmeregelungen für Steuern, die in Erlassen wie z.B. dem Dekret 7.578/2011 festgelegt wurden. Darüber hinaus gibt es Abänderungen der Vorschriften für die Kreditaufnahme durch Gemeinden im Zusammenhang mit Maßnahmen im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft und den Olympischen Spielen (Gesetz 12.348/2010).

Einen sehr wichtigen Platz im Bereich von Gesetzgebung und Rechtsprechung für Großereignisse nimmt Gesetz 12.462/2011 ein, mit welchem Ausnahmeregelungen für öffentliche Ausschreibungen geschaffen wurden (*Regime Diferenciado de Contratações Públicas – RCD*) und das nicht zufällig durch eine so genannte „Provisorische Maßnahme“ (der Regierung; d.

Übers.) in Kraft gesetzt wurde. Hierbei handelt es sich um eine regelrechte Lücke für öffentliche Ausschreibungen, wonach erhebliche Summen öffentlicher Mittel privaten Initiativen übertragen werden können. In naher Zukunft zeichnen sich mindestens zwei weitere Gesetzesvorhaben des Senates ab, die Bedrohungen ähnlicher Art (für den Rechtsstaat; d. Übers.) darstellen.

Während das Projekt 394/2009 vorsieht, dass Symbole, stehende Begriffe und Bezeichnungen wie „Brasilianische Fußball-Auswahl“ und „Canarina-Auswahl“ ausschließlich durch den Brasilianischen Fußballverband CBF genutzt werden dürfen, schränkt Projekt 728/2011 das Streikrecht ab drei Monaten vor Beginn der WM ein, eröffnet die Möglichkeit, Fans während 120 Tagen den Zutritt zu Stadien zu untersagen und definiert eine Reihe von neuen Gesetzesverstößen, darunter den Straftatbestand des „Terrorismus“, den es heute in Brasilien nicht gibt, mit Strafen von bis zu 30 Jahren Haft. Zudem sind Sondergerichtsbarkeiten ebenso vorgesehen wie Schnellgerichtsverfahren.

Zwar werden diese Maßnahmen und Vorgaben als Übergangsregeln bezeichnet, es besteht jedoch die Gefahr, dass sie in die Gesetzgebung und Rechtsprechung eingehen, nachdem sie im „Versuchslabor“ der Großereignisse getestet worden sind. Die Reichweite, Bedeutung und Geschwindigkeit dieser Veränderungen erlauben es, sie als Ausnahmeregelungen zu bezeichnen, als „legale Form dessen, was keine legale Form haben kann“ (Giorgio Agamben).



Öffentliche Sicherheit

AUS: DOSSIÊ DE ARTICULAÇÃO NACIONAL DOS COMITÊS POPULARES DA COPA (SUMÁRIO): MEGAEVENTOS E VIOLAÇÃO DE DIREITOS HUMANOS NO BRASIL. 06/2012, S.33-34. FÜR KoBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON DIEGO CURVO.

Brasilien erlebt derzeit eine Verschärfung der repressiven öffentlichen Sicherheitspolitik. Die Medien verbreiten ein Gefühl von Unsicherheit und propagieren die Anwendung polizeilicher Gewalt. Von unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen wird die beobachtbare, fortschreitende Militarisierung der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft angeprangert. Mit Besorgnis beobachten Menschenrechtler_innen die Sondereinheiten und Sonderstrukturen, die am Rande der staatlichen Sicherheitsstrukturen geschaffen werden.

2011 wurde innerhalb des Justizministeriums das „Sondersekretariat für die Sicherheit von Großveranstaltungen“ geschaffen und mit eigenständigem Etat ausgestattet. Laut Staatssekretär José Ricardo Botelho de Queiroz steht die Armee für Interventionen bereit, sollte die Polizei nicht mehr in der Lage sein, Konfliktsituationen unter Kontrolle zu bringen.

Außerdem werden neue Repressionsstrukturen geschaffen: Eine Kammer im Verwaltungskomitee der Weltmeisterschaft 2014, eine Arbeitsgruppe für die WM im Bundessekretariat für Öffentliche Sicherheit, die für die Haftung der Regierung gegenüber dem Weltfußballverband FIFA zuständig ist, und die Sonderkommission für Öffentliche Sicherheit im Justizministerium.

Das eingeführte Modell der öffentli-

chen Sicherheit sieht die Verzahnung aller Ebenen der öffentlichen Sicherheit des Landes durch die so genannten „integrierten Befehls- und Kontrollzentren“ vor, um für die speziellen Erfordernisse der sportlichen Großereignisse gerüstet zu sein und die Haftung gegenüber der FIFA sicherzustellen. Die Maßnahmen werden mit dem Vorwand gerechtfertigt, die Kontrolle von Krawallen zu verbessern und die Polizeipräsenz in der Umgebung von Sportstätten, Wettkampfanlagen, touristischen Gebieten und „Gefahrenzonen der öffentlichen Sicherheit“ zu verstärken. Die Überwachung dieser Orte wird verstärkt werden und es sind präventive Polizeipräsenz und Repressionsmaßnahmen vorgesehen.

Gemäß der Vorgabe der FIFA soll in den Stadien die Leistung privater Sicherheitsfirmen in Anspruch genommen werden, was bereits zur entsprechenden Gesetzgebung führte. Warum sollte die Öffentliche Sicherheit in öffentlichen Räumen und Einrichtungen in die Hände von privaten Firmen gegeben werden?

Es wird befürchtet, dass dieses Modell nach den Großereignissen fortgeführt wird und jene nur als Vorwand dafür dienen, einen Parallelstaat aufzubauen, in dem sich Sonderpolitik und Sondersicherheitsbehörden langfristig durchsetzen und der öffentlichen Kontrolle entziehen.

Unterdrückung und Kriminalisierung der Zivilgesellschaft

In Brasília wurden zwei Mitglieder des *Comitê Popular da Copa* (Volkskomitees zur WM) wegen eines friedlichen Protestes während einer öffentlichen Anhörung im Senat festgenommen (sie hielten ein



die Vermächtnisse der WM in Frage stellendes Banner hoch). Während der Feier zum „Countdown der letzten tausend Tage bis zur Weltmeisterschaft“, wurde die einkommensschwache Bevölkerung der Satellitenstädte Brasília durch eine massive Polizeipräsenz mit dreißig Dienstwagen eingeschüchtert. Während der Operation wurden mehr als 3000 Menschen von der Polizei durchsucht.

In Rio de Janeiro werden die berüchtigten Einheiten der Befriedungspolizei *Unidade de Polícia Pacificadora* (UPP) bevorzugt in Vierteln eingesetzt, die sich in touristischen Gebieten befinden: In der Nähe des Stadions Maracanã, in der Zona Sul Carioca und in der Nähe der Flughäfen. Obwohl der Aufbau dieser Einheiten offiziell nicht in Zusammenhang steht mit der Weltmeisterschaft und der Olympischen Spiele, dienen die Großereignisse als Teil der Rechtfertigung und Grundlage für das Vorgehen.

Die öffentliche Sicherheit wird selektiv durch die quasi-militärische Besetzung von armen Gebieten hergestellt, um wirtschaftlich strategisch wichtige Gebiete sicherzustellen. Die Einwohner_innen klagen über Aktionen wie die Durchsuchung von Wohnungen ohne Beschluss, erniedrigende Personenkontrollen, Ausgangssperre und Sonderregelungen, die u.a. gegen das Recht auf Bewegungs-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit verstoßen.

Cleonice Dias, Gemeindevorsteherin in Cidade de Deus, die von einer Einheit der Befriedungspolizei bereits „befriedet“ wurde, beschwert sich: „Wir aus der Gemeinde wissen, dass die UPP's dem politischen Willen in Rio de Janeiro und in Bra-

silien entsprechen, Kontrolle über die benachteiligten Viertel zu erlangen. Damit soll demonstriert werden, dass es nun sicher ist, weil wir, die Armen, unter Kontrolle sind. Die Investitionen für die Großereignisse können also kommen.“

Das elitäre und repressive Modell der öffentlichen Sicherheitspolitik Rio de Janeiro wird auch in andere brasilianische Bundesländer weitergetragen, die die sportlichen Großereignisse ausrichten.

Salvador hat bereits eine UPP-Einheit. Curitiba hat bisher zwei eigene Einheiten der UPP (dort UPS-Unidade Paraná Seguro) in Gebieten aufgestellt, die als unsicher gelten. Kein Zufall, dass sich das erste genau auf dem Weg vom Flughafen zum Zentrum befindet.

Die Hauptinvestitionen liegen nicht in der Sicherheit für die Bevölkerung, sondern in der Schaffung eines „Schutzgürtels“ für die Stadien und Gebiete der Ausweitung und Erneuerung von Immobilien. Außerdem soll ein neues Bild der angestrebten Kontrolle über kriminelle Gewalt geschaffen und verbreitet werden.

Zum gesamten Programm gehören Diskurse über den angeblichen Kampf gegen Drogen, der in den WM-Austragungsstädten höchst repressive Formen angenommen hat, die vor allem auf der Straße lebende und Drogenabhängige betreffen. Manchmal werden sogar die nationalen Streitkräfte eingesetzt, wie in der Gemeinde Santo Amaro (Rio de Janeiro) im Mai 2012 geschehen. Es wurde bereits ähnliche Besetzungen in anderen Kommunen angekündigt und die Methode der „Zwangsimpfungen“ zur allgemeinen Richtschnur erhoben.



Da nicht-heterosexuelle Geschlechteridentitäten im Sport nach wie vor ein Tabuthema sind, folgt an dieser Stelle ein Text zur Situation der LGBT in Brasilien (Anm.d.Red.).

Von Politik und Kultur: Die Stunde der LGBTs in Brasilien?

NICOLAS WASSER, PROMOVIRT AN DER UFRJ ZU KÖRPERLICHKEIT UND SOZIALER UNGLEICHHEIT. AUS: WWW.BOELL.DE/WELTWEIT/LATEINAMERIKA/LATEINAMERIKA-LGBT-IN-BRASILIEN-14139.HTML.

Eingetragene Partnerschaft, Antidiskriminierungskampagnen und bunte queers, die über die Bildschirme flimmern. Die Sichtbarkeit der Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans* (LGBT) hat in Brasilien tagespolitisch sowie in den kommerziellen Unterhaltungsmedien sichtlich an Boden hinzugewonnen. Doch dieser erste Eindruck täuscht zu leicht über die anhaltenden Herausforderungen hinweg, vor welche die LGBT-Bewegungen gestellt sind. Angesichts der erschreckenden Anzahl registrierter trans- und homophober Hassmorde wird deutlich, dass der Kampf gegen Sexismus, Heteronormativität und Gewalt auch in Brasilien noch längst nicht gewonnen ist.

Ein Rundumblick auf soziale Bewegungen in Brasilien kann die LGBTs nicht länger außen vor lassen. Seit sie sich in nahezu allen Bundestaaten und größeren Städten behauptet haben, gehören sie nunmehr zu den vielleicht auffallendsten sozialen Dynamiken des Landes überhaupt. Die Einberufung der ersten nationalen Konferenz von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Travestis und Transsexuellen im Jahre 2008

war dabei ein historischer Augenblick. Vor rund 10.000 Teilnehmer_innen hatte der damalige Präsident der Republik, Luiz Inácio Lula da Silva, einen politischen Raum eröffnet, der so kaum in anderen Ländern existiert. Daraus hervorgegangen sind Entwürfe und Rechtseinforderungen, die sich mittlerweile als signalwirkend erwiesen haben; egal, ob wir von der gesetzgebenden, richterlichen und sozialpolitischen Praxis oder den akademischen und unterhaltungsmedialen Wissensbetrieben sprechen.

Von der Homosexuellen-Bewegung der 70er und 80er zur selbstbewussten LGBT-Bewegung

Im Angesicht dieser noch jungen Prozesse lässt sich insofern die Wandlung einer Bewegung beobachten, die auf neue Durchsetzungsstrategien gestoßen ist. Von der damaligen Homosexuellenbewegung der 70er und 80er, die weitgehend als eine Gruppe von den ‚Rändern der Gesellschaft‘ wahrgenommen wurde, scheint nicht mehr viel nachzuklingen. Schließlich verkörpern die brasilianischen LGBT-Bewegungen ein neues Selbstbewusstsein, ja einen Re-Artikulationsprozess, der im Zusammenspiel von erhöhter Medienpräsenz und dem Wandel der Aktivist_innenrolle zustande kommt. Allerdings hat die Eingliederung in staatliche Organe in vielen Fällen auch dazu geführt, dass vormalige Störer_innen der öffentlichen Ordnung mittlerweile zu politischen Anwält_innen geworden sind.

Gesetzliche Neuerungen

Neben den alljährlich stattfindenden



den Paraden des LGBT-Stolzes, die in São Paulo nicht weniger als drei Millionen Menschen auf die Straßen bringen, bestimmten besonders die gesetzlichen Vorstöße die politische Debatte der vergangenen Monate. So hat der höchste Gerichtshof im Mai 2011 die eingetragene Partnerschaft (união estável) homosexueller Paare gebilligt und bald darauf die zivile Heirat eines lesbischen Paares im Bundesstaat Rio Grande do Sul autorisiert. Im Gegensatz zur vormals gängigen juristischen Praxis verankert die união estável homoafetiva das Recht auf gemeinsame Angabe der Einkommenssteuer, auf gemeinsame Krankenversicherung sowie auf gegenseitiges Erbrecht, sofern dies in einer zusätzlichen Klausel vermerkt wird. Was die Frage der Adoption anbelangt, so ist es zwar möglich, den Nachnamen eine_r Partner_in auf das adoptierte Kind zu übertragen, juristisch bleibt die Adoption aber auf eine Person beschränkt. Faktisch bleibt sie so dem homosexuellen Paar verwehrt.



Foto: Marco Gomes

der Idee der Familie als Basis der Gesellschaft vereinbaren lässt. Ironischerweise wird so die Institution união estável homoafetiva auch zum Legitimationsinstrument für jegliche moralische Diskurse über affektive Praktiken, die sich außerhalb der selig gesprochenen Partnerschaft abspielen. Im Spiegel dieser Neubewertung muss folglich das Kleingedruckte mitgelesen werden, solange die Frage, ob diese neue Gesetzgebung dominante Geschlechterverhältnisse zu transformieren im Stande ist, noch von politischer Bedeutung ist.

Eine ähnliche Diagnose lässt sich für die kulturindustrielle Maschine-

Allgemein verschiebt sich die juristische Benennung, und zwar namentlich, dass das homosexuelle Paar per Dekret als ‚Familieneinheit‘ anerkannt wird. Dies erspart einerseits eine überholte Rechtspraxis, homosexuelle Paare als wirtschaftliche Handelspartner zu deklarieren, andererseits birgt die jüngste Umwertung auch problematische Ambiguitäten in sich. Denn die Erfindung der gleichgeschlechtlichen Familie erhält Beifall bis hin durch christlich konservative Kreise, da sie sich doch so ansehnlich mit

rie der causa gay stellen. In Brasilien hat die aktive Vermarktung lesbischwultrans*er Identitäten eine Dimension erreicht, die anderenorts wohl kaum zu übertreffen ist. So hat die Stadtverwaltung Rio de Janeiros vor Kürze ein eigenes außerordentliches Amt der sexuellen Diversität (Secretaria Especial da Diversidade Sexual) kreiert; ein Organ, das in Zusammenarbeit mit dem Tourismusunternehmen Riotur in erster Linie für die weltweit unübertreffliche gay-friendliness der Stadt am Fuße des Zuckerhutes



wirbt. Passenderweise zeigt dessen Werbeclip *Come to Live the Rio Sensation* Bilder eines bürgerlichen Erholungsparadieses, oder genauer, eines Flusses von muskulösen weißen Körpern, idyllischen Stränden und kühlen Caipirinhas aus der 5-Sterne-Hotelbar.

LGBTs in den brasilianischen Massenmedien: sichtbar, aber klischeebehaftet

Nun deckt sich diese einförmige Repräsentation von LGBT-Lebenswelten mit dem, was an vorderster Stelle durch die Telenovelas von TV Globo, dem brasilianischen Massenmedium schlechthin, vermittelt wird. Die tägliche Prime-Time-Sendung *Insensato Coração* (Unvernünftiges Herz) führte 2011 gleich mehrere Handlungsstränge ein, in welchen schwule und lesbische Hauptdarsteller_innen als fröhlich-quirlige Unterhalter_innen der Strandkioske Ipanemas auftreten. Bedenken wir die nationalen Einschaltquoten von 65%, die TV Globo zu jener Sendezeit von nahezu 200 Millionen Brasilianer_innen erhält, so lässt sich kaum verhehlen, dass die medial vermittelte Visibilität von LGBTs weit höhere Dimensionen annimmt als dies etwa in europäischen Ländern der Fall ist. Allerdings haftet eben jener Sichtbarkeit nicht nur eine männlich-weiße, sondern vor allem eine Dominanz der brasilianischen Mittelklasse an, die in einem aktuellen nationalen Kontext steht: der Haltung, dass Konsum die erste Zutat für die Erlangung von Bürgerrechten sei.

Aber die brasilianische Telenovela hält stets noch mehr über das ‚echte Leben‘ bereit, als uns das auf den ersten Blick bewusst ist. Tatsächlich behandelt dieselbe auch

das Thema Gewalt, bezogen auf Homophobie und Hassmorde. Bedauerlicherweise ist dieses Thema schon länger Teil der brasilianischen Realität, rückt aber erst seit kurzem stärker in die Öffentlichkeit. Wie die Erhebungen der GGB (Grupo Gay da Bahia) zeigen, weist Brasilien im internationalen Vergleich eine alarmierend hohe Anzahl von trans- und homophoben Übergriffen auf. Gemäß den Studien von Transgender Europe wurden im Zeitraum von Januar 2008 bis Dezember 2010 allein in Brasilien 227 Trans*-Menschen umgebracht. Diese schockierende Ziffer mag dabei nur andeuten, wie alltäglich sich die Verletzung der Menschenrechte an Trans*-Menschen derzeit zuträgt. Neben dem dringend notwendigen Rechtsschutz vor solchen Gewaltübergriffen müssen zukünftig sowohl die inexistente medizinische Versorgungslage als auch die nachlässige polizeiliche Aufklärungspraxis der Morde an Trans*-Personen angegangen werden.

Gewalt gegen LGBTs in Worten und Taten

Gewalt bleibt in diesem Fall nicht auf Angriffe auf der Straße beschränkt. Sie wirkt ebenso gravierend durch Worte. In Brasilien umfassen diese in erster Linie die Polemiken der Fraktion der Evangelikalen und anderer konservativ-religiöser Gruppierungen. Wie groß das Gewicht dieses Lagers ist, kommt nicht zuletzt in Reden der Präsidentin Dilma Rousseff zum Vorschein. 2011 hatte sie das so genannte „Anti-Homophobie Kit“, ein Unterrichtsmaterial des Erziehungsministeriums (MEC) über Geschlechter- und sexuelle Diversität, suspendiert und dadurch dem ve-



hementen evangelikalen Druck auf ihren damaligen Staatssekretär, Antonio Palocci, nachgegeben. Peinlicherweise hatte sie sich dabei in ihrem Fernsehinterview indirekt auf die Hetze der Evangelikalen bezogen, dieses Material würde „Homosexualität unter den Kindern verbreiten“. Am Ende verzeichnete die evangelikale Fraktion somit einen klaren Triumph, legitimiert doch das Einstellen der Sensibilisierungsarbeit die Diskriminierung lesbischwultrans*er Lebenswelten, wenn sie diese als nicht jugendfrei diffamiert.

Obwohl die Bewegungen bereits 2006 die Forderung nach Kriminalisierung von Homophobie (*criminalização da homofobia*, PLC 122/2006) im Parlament eingebracht haben, unterliegt diese bis heute zähem politischem Ringen. Die Gesetzesänderung sieht vor, die unmittelbare strafrechtliche Verfolgung von Diskriminierung qua sexueller Orientierung sowie Geschlechtsidentität auf eine Stufe mit der Diskriminierung durch ‚Rasse‘, Hautfarbe, Ethnie, Religion, nationale Herkunft und Geschlecht zu stellen – ein Vorstoß, der von der evangelikalen Fraktion vehement bekämpft wird. Im Dezember des vergangenen Jahres hat die zuständige Senatorin Marta Suplicy (PT) lediglich einen teuren Kompromiss einhandeln können. In den Gesetzestext wurde ein Absatz eingefügt, der Pfarrer und evangelikale Priester von der strafrechtlichen Verfolgung befreit. Dies unter der Argumentation, dass es sich bei Gottesdiensten um die „friedliche Äußerung von Glaubensgedanken“ handle. Für Toni Reis, Präsident der ABGLT (Nationaler Dachverband von Schwulen, Lesben, Bisexuellen,

Travestis und Transsexuellen), ist klar, dass die politische Forderung so nicht umgesetzt werden kann. Die offen homophoben Diskurse des christlichen Bollwerks werden durch die Umformulierung des Textes sogar noch legalisiert.

Der Kampf dauert an

Kurzum: Die hier angerissene „Stunde der LGBTs in Brasilien“ deutet auf Prozesse hin, die sich in verschiedene, teils auch widersprüchliche Richtungen bewegen. Die hohe Sichtbarkeit, welche Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans* in medialen, politischen sowie bürgerrechtlichen Zusammenhängen derzeit erfahren, ist nicht zuletzt Ergebnis der Kämpfe einer Bewegung, die es geschafft hat, sich im Laufe der letzten Jahre im Einklang mit den allgemeinen sozialen und politischen Veränderungen Brasiliens zu verwandeln. Davon zeugt nicht nur die Wende im Heiratsrecht, sondern auch die zunehmende soziale Anerkennung von sexueller sowie geschlechtsidentitärer Diversität.

Andererseits darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Gewalt – besonders im Hinblick auf Geschlecht und Sexualität – nach wie vor ein großes strukturelles Problem darstellt: sowohl in Form religiöser Diskurse als auch physischer Übergriffe. In dieser Hinsicht bleiben die Herausforderungen für die brasilianischen LGBT-Bewegungen besonders groß. Gerade durch ihre institutionalisierte Einbindung muss es ihnen zukünftig gelingen, den maßlosen Sexismus im brasilianischen Justiz- und Politikgeschäft noch kompromissloser anzuprangern und auf zielgerichteten Antigewalt-Politiken zu bestehen. Diese



müssen besonders die Ausweitung der Bildungsprogramme zu Geschlecht und Sexualität in Schulen und allgemein in Bildungseinrichtungen umfassen. Denn nur so können sich gesellschaftliche Normsetzungen sukzessive öffnen und kritisch debattiert werden. Dies wird schließlich nicht nur eine wirklichkeitsnähere Wahrnehmung und Akzeptanz der LGBTs ermöglichen, sondern auch Wege frei machen, die Gewalt gegen sie wirksam zu bekämpfen.

„Meister sein ist nur ein Detail“

THOMAS FATHEUER. AUS: LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 451, 01/2012. GEKÜRZTE VERSION.

Der 4. Dezember 2011 war für die Fans des Fußballvereins Corinthians aus São Paulo ein Tag des Schocks und der Freude: Einer ihrer größten, wenn nicht der größte Spieler der Vereinsgeschichte, Sócrates, verstarb am Morgen des Tages, am selben Abend holte Corinthians den penta, den fünften brasilianischen Meistertitel.

Sócrates Brasileiro Sampaio de Souza Viera de Oliveira – Welch ein Name, schon wie ein Gedicht und erste Zeile eines Sambas. Und Welch ein Fußballer! Fast kann man es schon nicht mehr glauben, dass die Welt – und Brasilien – auch solche Fußballer wie Sócrates hervorgebracht hat. Geboren in Belém im amazonischen Bundesstaat Pará, aufgewachsen in Riberão Preto im Staat São Paulo. Sohn eines Vaters, der Platon las und von einem Philosophen als Sohn träumte. Den griechischen Sokrates kennen wir nur durch Platons Schriften, aber in

Brasilien war es dann andersrum: Sócrates las Platon – so sagt es wenigstens die Überlieferung.

Sócrates war Arzt und Fußballer und wurde deshalb auf dem Platz immer *doutor* gerufen. Er blieb stets dem Verein verbunden, mit dem er berühmt wurde: Corinthians, einer der drei großen Clubs von São Paulo. Aber ungewöhnlich für einen Fußballer ist Sócrates' Verbindung zur Politik. Anfang der 1980er – Brasilien stand noch unter dem Regime der Militärdiktatur (1964 bis 1985) – unterstützte Sócrates die Kampagnen für demokratische Direktwahlen, die sogenannte *direitas já*-Bewegung, und etablierte in seinem Club die *democracia corinthiana*, nach welcher alles im Verein per Abstimmung aller Beteiligten – Spieler, Trainerstab und Vereinsleitung – erfolgte. Die Fans von Corinthians, insbesondere die Gruppe der *Gaviões da Fiel Torcida* (Die treuen Habichte), waren schon seit 1969 durch Parolen gegen die Militärdiktatur aufgefallen. Aber 1982 verbündeten sich die rebellischen Fans mit einigen Spielern: Neben Sócrates spielten noch Vladimir, Zenon (noch ein griechischer Philosoph) und Casagrande eine wichtige Rolle. Sie verbanden das politische Engagement für Direktwahlen mit einer Politisierung des Fußballs. Sócrates selbst sagte über die Zeit: „Wir haben jede Entscheidung kollektiv getroffen und uns an der gesamten Clubführung mitbeteiligt. Und das mit einem einzigartigen Gleichheitsniveau: Der einfachste Angestellte hatte das gleiche Gewicht wie der Repräsentant des Unternehmens, seine Stimme hatte den gleichen Wert. Es war alles sehr demokratisch. Diese Zeit war



wunderbar und hat uns alle verändert. Die Personen, die in dieser Mikrogesellschaft involviert waren, haben ständig kommuniziert, jeder hat teilgenommen und mit unterschieden. Die Neuen waren am Anfang wirklich verzweifelt: „Warum spricht hier niemand über Fußball?“. Aber Fußball wurde gespielt und sehr erfolgreich – auch wenn die *democracia corinthiana* unter dem Slogan posierte: Meister zu sein, das ist nur ein Detail. 1982 gewannen sie die Meisterschaft von São Paulo.

Das Brasilien von Sócrates & Co war noch mitten auf dem Weg, es verkörperte die Zeiten der Hoffnung, der großen Möglichkeiten, den Traum, dass Schönheit und Erfolg zusammenpassen. Sócrates äußerte sich und agierte politisch links wie kaum ein anderer Fußballer von Weltrang, er stand ein für eine Praxis, in der soziale Gerechtigkeit und Fußball wundersame Symbiosen eingehen können. In den tragischen Momenten blitzte die Utopie eines Spiels auf, dessen Signifikanz weit über das Fußballfeld hinaus deutet. Sócrates gab dem brasilianischen Fußball, nach den Worten des Literaturtheoretikers und Komponisten José Wisnik „einen philosophischen Touch“.

Sócrates wirkte manchmal fast ungelentk, irgendwas war falsch: eine wandelnde Heuschrecke nannte Wisnik ihn, 192 cm lang bei nur Schuhgröße 41, genannt Magrão (der Magere). „Gefährte des Biers, der Philosophie und des Schweißes“, so charakterisierte Wisniks berühmter Samba den brasilianischen Sócrates.

Ja, Gefährte des Bieres und des Weines, Sócrates hatte immer seinen alkoholisierten Hedonismus mit

flotten Sprüchen verteidigt: „Bier ist mein bester Psychologe.“ Zum Ende seines Lebens muss ein vom Alkoholkonsum schwer gezeichneter Sócrates seinen Alkoholismus öffentlich bekennen.

Eine seiner letzten Ideen war, nach Venezuela zu gehen und für Chávez zu arbeiten. Dies brachte ihm eine überschwengliche Hommage des venezolanischen Präsidenten ein, der ihn als Verkörperung des Neuen Menschen sieht, der sogar Geschlechtergrenzen überschreitet: „Dr. Sócrates ist ein Beispiel des neuen Menschen und der neuen Frau, die wir so sehr in Lateinamerika und der Karibik brauchen.“

Wenige Stunden nach dem Tod Sócrates' am 4. Dezember 2011 wurde Corinthians brasilianischer Meister. Wie sein Leben ist das Timing der Fußballgötter voller Ambiguitäten. Wollten sie ihn für den Spruch „Meisterschaft ist nur ein Detail“ bestrafen? Wollten Sie noch einmal die fußballerische Tragik seines Lebens evozieren? Und den heutigen Fans von Corinthians eine Lektion erteilen: kein Triumph ohne Tränen. Wie dem auch sei, Sócrates wird's überleben.



Tagungsprogramm

Die Männer-Fußball-WM 2014: ein brasilianisches „Sommer“-Märchen?

Freitag – 30. November 2012

- 17:00 Uhr Anreise
- 18:00 Uhr Abendessen
- 19:00 Uhr Begrüßung und Eröffnung
- 19:30 Uhr Sportliche Großereignisse als Medium zur Veränderung – Mythos, Geschäftsstrategie oder Chance? Lockere Talk-Runde mit Thomas Kistner (Journalist / Süddeutsche Zeitung, Autor), Volker Eick (HU Berlin), Marianne Meier (TU München), Luiz Kohara (Centro Gaspar Garcia / São Paulo).

Samstag – 01. Dezember 2012

- 09:00 Uhr Brot oder Spiele? Wer profitiert von den sportlichen Megaevents in Brasilien. Luiz Kohara (Centro Gaspar Garcia/São Paulo) und Thiago Hoshino (Terra de direitos/Rio de Janeiro) erläutern Hintergründe und Fakten zur WM 2014 in Brasilien.
- 10:30 Uhr Präsentation der Foren
- 10:45 Uhr Kaffee-/Teepause
- 11:00 Uhr Arbeit in den Foren Teil 1
- 12:30 Uhr Mittagessen
- 14:00 Uhr Arbeit in den Foren Teil 2
- 15:30 Uhr Kaffee-/Teepause
- 16:00 Uhr Ergebnisse aus den Foren
- 17:00 Uhr Markt der Möglichkeiten für selbstorganisierte Treffen
- 18:30 Uhr Abendessen
- 19:00 Uhr Andacht / Meditation
- 20:00 Uhr Fußball-Quiz und Festa Brasileira

Sonntag – 02. Dezember 2012

- 09:30 Uhr Kampagnen und Termine
- 10:00 Uhr Kaffee-/Teepause
- 10:30 Uhr Am Ball bleiben. Ausblick in die begonnene Kampagnenarbeit zu sportlichen Großereignissen in Brasilien Thiago Hoshino (Terra de direitos/Rio de Janeiro).
- 11:30 Uhr Tagungsauswertung; Schlussworte
- 12:30 Uhr Mittagessen, anschließend Abreise

Detailliertes Tagungsprogramm und Inhalte der Foren siehe:
www.kooperation-brasilien.org



Kooperation Brasilien e.V.

KoBra e.V. ist ein Brasilien-Netzwerk im deutschsprachigen Raum mit etwa 90 Mitgliedern. Dazu gehören Vereine, Arbeitsgruppen, Hilfsorganisationen wie auch Einzelpersonen. Sie kommen aus Gewerkschaften, Kirchen, Universitäten, der Umweltbewegung, der Menschenrechtsarbeit und der Entwicklungspolitik. KoBra wurde 1989 auf einem bundesweiten Treffen in Freiburg gegründet und besteht seit 1992 als eingetragener Verein. Wir leisten Öffentlichkeitsarbeit, nehmen politischen Einfluss und unterstützen Initiativen in Brasilien. Weitere Infos zu uns und über Brasilien:



www.kooperation-brasilien.org.

Kontakt: Kooperation Brasilien, KoBra e.V., Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg, Tel: 0761-6006926, Fax: -28, info@kooperation-brasilien.org

Runder Tisch Brasilien

Der Runde Tisch Brasilien ist ein Zusammenschluss von dreizehn Organisationen, die entwicklungspolitisch mit sozialen Bewegungen in Brasilien zusammenarbeiten*. Er ist sowohl in der Bildungsarbeit, als auch in der Lobbyarbeit aktiv. Im Auftrag des Runden Tisches Brasilien richtet KoBra jährlich im November bzw. Dezember die größte regelmäßige Brasiliertagung der deutschen Solidaritätsszene aus. Darüber hinaus produziert der Runde Tisch Brasilien Bildungsmaterialien wie das vorliegende Heft zum jeweiligen Tagungsschwerpunkt und organisiert Gespräche brasilianischer Vertreter_innen der sozialen Bewegungen mit hiesigen politischen EntscheidungsträgerInnen. Seit 1993 bringt KoBra für den Runden Tisch Brasilien zehn Mal jährlich das Brasilicum heraus.

RUNDER TISCH BRASILIEN



Kontakt über KoBra: info@kooperation-brasilien.org

* Beteiligt am Runden Tisch Brasilien sind: Brot für die Welt, Stuttgart / Caritas International, Freiburg / Evangelischer Entwicklungsdienst EED, Bonn / FIAN Deutschland, Köln / FIAN International, Heidelberg / Heinrich Böll-Stiftung, Berlin / Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS), Zürich / Kindernothilfe, Duisburg / KoBra – Kooperation Brasilien e.V., Bundesweiter Zusammenschluss der Brasilienolidarität, Freiburg / Misereor – Bischöfliches Hilfswerk, Aachen / Mission EineWelt, Neuendettelsau / MZF – Missionszentrale der Franziskaner, Bonn / Ökumenische Werkstatt, Kurhessen-Waldeck.

